

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)  
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten  
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68  
 Anzeigen aus den Zahlstellen die vierspaltige Petitzelle 50 Pf.

## Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter

Die erste diesjährige Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter fand am 20. Februar in Berlin, im Gewerkschaftshaus, statt. Sie nahm einen Bericht über die Situation entgegen und befaßte sich weiter mit lohnpolitischen Fragen. Zu Beginn der Tagung wurde in ehrender Weise des im vorigen Monat verstorbenen Verbandsausschußvorsitzenden, Kameraden Hermann Kube, gedacht. Von der allgemeinen Situation entwarf der Verbandsvorsitzende, Kamerad Wolgast, ein ausführliches Bild. Er zeichnete kurz die politische Lage in Deutschland und ihre Wirkungen auf das Ausland, um hierauf das politische Schuldenproblem und die Reparationsfrage zu besprechen. Für eine internationale Verständigung als Voraussetzung für eine Besserung der Wirtschaftslage seien die Aussichten noch immer überaus gering. Seit unserer Oktober-Konferenz 1931 habe sich die Wirtschaftslage fortgesetzt verschlechtert, wofür Redner zahlenmäßige Belege gab. Auch die Notverordnung habe den Rückgang nicht aufhalten können. Am schlechtesten sei es mit der Bauwirtschaft bestellt, wie der Stand der Arbeitslosigkeit unter unsern Mitgliedern beweise. Mehr als bisher müsse deshalb die Frage der Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund treten. Die Anregung des Internationalen Arbeitsamtes auf eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage internationaler Krediterweiterung sei bisher erfolglos geblieben. Neuerdings seien verschiedene Pläne einer Arbeitsbeschaffung auf nationaler Basis bekannt geworden. Redner unterzog diese Pläne einer kurzen Betrachtung, besonders den durch „Die Arbeit“ veröffentlichten Plan Woytinsky-Tarnow. Schwierigkeiten bereite die Finanzierung, doch halten die Befürworter dieses Planes sie für überwindbar. Redner verweist auf die jüngste Sitzung des Bundesausschusses und die zu diesem Gegenstand angenommene Entschließung (siehe Bericht in vorliegender Nummer. D. Red.). Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß solle die gleiche Forderung erheben und alle in Frage kommenden Stellen noch einmal nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung aufmerksam machen. Redner behandelte hierauf noch die Stadtrandsiedlung und die von unserer Organisation getroffenen Maßnahmen, die dem Zwecke dienen, für diese Arbeit die Holzbauweise zu bevorzugen und dabei Facharbeiter zu verwenden. Weiter sprach Redner die Arbeitslosigkeit unter den Lehrlingen. Durch Eingabe der baugewerblichen Gewerkschaften an den Reichsarbeitsminister solle erreicht werden, daß für die Ausbildung der Lehrlinge auf Bau-

und Werkplätzen, ähnlich den „Lehrwerkstätten“, das Reich oder die Reichsanstalt Mittel bereitstelle. Schließlich wurde noch die Schwarzarbeit und unsere Stellung dazu behandelt und die für das erste Halbjahr eingeleitete Versammlungsaktion. Es komme darauf an, alles zu tun, damit das Erreichte erhalten bleibe. Alle Kräfte müßten eingesetzt, alle zuständigen Stellen mobil gemacht werden, damit endlich Arbeit beschafft und die Arbeitslosennot in etwas gelindert werde. Der Schrei nach Arbeit müsse allen Verantwortlichen in den Ohren gellen.

Zur Finanzlage führte Kamerad Römer etwa folgendes aus: Wie

kaum anders zu erwarten war, ist die Vermögensgestaltung des Verbandes durch die Arbeitslosigkeit des weitaus größten Teils der Mitglieder seit der Konferenz vom 11. Oktober im ungünstigen Sinne beeinflusst worden. Da die Bauwirtschaft durch den fast gänzlich stillgelegten Wohnungsbau und die industrielle Bautätigkeit in der fundamentalsten Weise von der anhaltenden Krise getroffen wird, ist die Zahl der beitragsfähigen Mitglieder auf ein verschwindend kleines Häuflein zusammengeschmolzen. Von den arbeitslosen Mitgliedern dürften etwa 70 % für die verbandsseitige Arbeitslosenunterstützung bereits ausgesteuert sein. Trotzdem wir im Jahresbericht für

1930 schon feststellen konnten, daß über 45 % der Mitglieder bereits ausgesteuert waren, sind im Rechnungsjahre 1931 noch 1 459 515 Mk. an Erwerbslosenunterstützung verausgabt worden. Zusehends hat sich auch die Zahl der Mitglieder erhöht, die Anspruch auf die Invalidenunterstützung erheben. Die Zahl der diese Unterstützung beziehenden Kameraden ist von 1067 im Jahre 1929 auf gegenwärtig 2100 gestiegen, wozu ein Jahresbedarf von 321 960 Mk. erforderlich ist. Ebenso mehren sich auch die Fälle der Maßregelungen und Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, so daß auch hierfür beachtliche Beträge aufgewendet werden müssen. Auch die für Sterbefallunterstützungen aufgewendeten Jahressummen sind seit 1926 in einer fast ununterbrochenen Steigerung begriffen, und zwar stiegen die Jahresziffern von 33 916 Mk. im Jahre 1927 auf 52 576 Mk. im Jahre 1931. Zum Teil ist allerdings diese Steigerung auf die verstärkte Stabilität der Mitgliedschaft des Verbandes zurückzuführen. Daß durch alle diese Umstände Hemmungen in der Vermögensgestaltung der Zentralkasse hervorgerufen worden sind, bedarf wohl kaum der weiteren Erläuterung. Genau so liegt es in den Zahlstellen. Auch hier übt der Beitragsausfall seine Wirkung zuungunsten der Vermögenslage aus. Der Rückgang der gesamten Zahlstellenvermögen betrug vom Jahre 1926 bis Ende des Jahres 1931 rund 56 %. In vielen Fällen haben die von der Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder kassengeschäftlich arg betroffenen Zahlstellen einen besonderen Verwaltungsbeitrag, woran auch erwerbslose Mitglieder mit einem geringeren Beiträge beteiligt sind, eingeführt. Diese Notmaßnahmen sind ein Zeichen der Zeit und brauchen uns nicht den Mut zu rauben, da sie nur dazu beitragen können, den Organismus des Verbandes zusammenzuhalten.

Zu den bisherigen Sparmaßnahmen des Gesamtverbandes, wie solche bereits auf der vorigen Konferenz besprochen worden sind, sind auf Veranlassung des Zentralvorstandes an der Zentrale noch andere hinzugekommen, so daß die Hoffnung berechtigt ist, daß der Verband über den Berg kommen wird. Dazu braucht er aber die Hilfe aller Mitglieder insofern, als jedes Mitglied von der Einsicht durchdrungen sein muß, daß eine Erschlaffung der Verbandskraft gleichbedeutend sein würde mit der Preisgabe aller gewerkschaftlichen Errungenschaften. Besonders haben die Verbandsfunktionäre gerade in dieser äußerst ungünstigen Baukonjunktur die Probe der korrekten Geschäftsführung ihrer Zahlstelle zu bestehen. An ihnen wird es nicht zuletzt liegen, ob und wie der Verband

## Gewerkschaftsforderungen zur Arbeitsbeschaffung

Das Ergebnis der zweitägigen Beratungen der Gewerkschaftsinstanzen, die am 15. und 16. Februar in Berlin stattfanden und über deren Verlauf wir in den nachfolgenden Artikeln dieser Nummer ausführlich berichten, fand in der einstimmigen Annahme der nachfolgenden Entschließung seinen Ausdruck:

„Die in den letzten 1½ Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewaltsame Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz der Produktion ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 %: die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 %. Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußstrich unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der

Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Insbesondere ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch die Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Ueberarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienstertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften betonen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrisis durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung. Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen. Den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnung muß endlich eine positive Politik der Wirtschaftsförderung folgen.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wiederherstellen.“

seinen zukünftigen Aufgaben gerecht zu werden vermag. Besonders müssen wir von den Kassierern verlangen, daß sie sich bei ihren kassengeschäftlichen Handlungen nur vom Gesichtspunkt der Verbandsinteressen leiten lassen und sich strikte an die Bestimmungen der Satzungen halten. Nur so, aber dann um so sicherer, wird der Verband alle durch die Ungunst der Wirtschaftslage hervorgerufenen Hemmungen beseitigen können.

Die Konferenz nahm von den Ausführungen der Referenten Kenntnis; sie stimmte den Vorschlägen und Informationen zu.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kamerad Wolgast eine Uebersicht über den Lohnstand nach den Auswirkungen der 4. Notverordnung. Einleitend behandelte er das ablehnende Verhalten des Reichsarbeitsministers gegenüber den für 1931 gestellten Anträgen auf Allgemeinverbindlicherklärung der bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife. Für die Ablehnung wurden Gründe ins Feld geführt, die wir für durchaus abwegig halten. Den Unternehmern gab sie Veranlassung, ihren Bestrebungen auf weiteren Lohnabbau nachzugehen. Zunächst sei der Versuch in den Bezirken gemacht worden unter Berufung auf die bekannte Protokollerklärung zu § 1 Ziffer 7 des RTV. In einigen Bezirken hätten sich die Tarifämter bereit gefunden und dem Verlangen der Unternehmer entsprochen, in andern Bezirken sei der Versuch mißglückt. Die Unternehmer hätten sodann das Haupttarifamt angerufen und hier eine ihnen zusagende Entscheidung bekommen. Damit war der Weg frei für bezirkliche Verhandlungen mit dem von den Unternehmern erstrebten Ziele des weiteren Lohnabbaues. Dann kam die Notverordnung, die diesem Streben entgegenkam, nach Meinung der Unternehmer aber nicht weit genug. Bei den Verhandlungen auf Grund der Notverordnung sei es mehrfach zu Differenzen gekommen, durchweg sei aber die Notverordnung als Basis für die Lohnregelung anerkannt worden, mit einer unrühmlichen Ausnahme im Rheinland. Nachdem nunmehr die Löhne gesetzlich festgelegt waren, habe man annehmen dürfen, daß das Reichsarbeitsministerium den Anträgen auf Allgemeinverbindlicherklärung schleunigst entsprechen werde. Leider sei das nicht der Fall; auch jetzt noch seien die Anträge unentschieden. Die Spitzenverbände hätten sich dieserhalb in getrennten Schreiben erneut an das Reichsarbeitsministerium gewendet. Anschließend berichtete Kamerad Wolgast über die Verhandlungen mit den Unternehmern auf Grund § 5 Ziffer 10 des RTV., das Verfahren für die Lohnregelung im zweiten Vertragsjahr betreffend. Eine Einigung sei bisher nicht erfolgt. Die Parteien seien über die Art der Regelung verschiedener Auffassung. Redner unterzog diese Auffassungen einer längeren Betrachtung, wobei er auch den von unsern Vertretern eingenommenen Standpunkt darlegte. Die heutige Konferenz solle sich zu der Frage äußern, da in der nächsten Woche die Verhandlungen fortgesetzt würden. Unsere Verhandler möchten daher die in den Bezirken vertretene Ansicht kennenlernen, um daraus Schlüsse für ihre Einstellung zu ziehen.

Die Ausführungen des Kameraden Wolgast wurden ergänzt durch einige Mitteilungen des Kameraden Melzer, der den Gang der Verhandlungen über die Frage der Allgemeinverbindlicherklärung der bereits bestehenden

bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife schilderte.

Die Aussprache über diesen Punkt der Tagesordnung war naturgemäß sehr lebhaft. An der Debatte beteiligten sich die Vertreter aus allen Teilen des Verbandsgebietes. Das Vorgehen der Unternehmerverbände und ihre Taktik wurden eingehend geschildert. In den taktischen Fragen konnte unter den Teilnehmern der Konferenz völlige Einmütigkeit festgestellt werden. Die Aussprache stand auf einer bemerkens-

## Der ADGB. zum Problem der Arbeitsbeschaffung

Am 15. und 16. Februar fand die vierte Ausschußsitzung des ADGB. statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der Arbeitsbeschaffung.

Die Arbeitsbeschaffung ist die zentrale Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, daß auf diese Aufgabe alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft konzentriert werden. Diese Ueberzeugung beherrschte die Verhandlungen des Bundesausschusses, die der stellvertretende Vorsitzende des ADGB., Eggert, mit einer kurzen Schilderung der Lage der deutschen Wirtschaft einleitete.

In der letzten Zeit beherrschten angesichts der immer noch wachsenden Arbeitslosenzahlen die Pläne für zusätzliche Arbeitsbeschaffung das Feld der öffentlichen Diskussion. An der Spitze der ersten Gruppe von Plänen, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollte, stand und steht die erstmals vom Bundesausschuß im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß erhobene Forderung nach einer allgemeinen gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche. Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, hat aber in dieser Frage völlig versagt. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht, die eine zwingende Folge der technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist. Auch die vom Bundesausschuß im Dezember 1930 erhobene Forderung nach Einführung des 9. Schuljahres gehört in diesen Zusammenhang.

In die zweite Gruppe gehören alle jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Alle diese Pläne tragen die Gefahr in sich, daß ein „Armeleutegeld“ eingeführt wird, daß das schlechte Geld das bessere verdrängt.

In der dritten Gruppe, in den Plänen für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, standen verschiedene Siedlungsprojekte mit in erster Reihe. Der Plan von Prof. Wilbrandt, Erwerbslose an den Stadträndern anzusiedeln, ging davon aus, den Erwerbslosen durch Ueberweisung eines kleinen Stück Landes, etwa 1000 qm je Siedler, eine Zusatznahrung zu schaffen. Der ADGB. konnte sich aber nicht für diesen Plan einsetzen; denn einen, wie es hieß, „krisenfesten Arbeiter“ durch Stadtrandsiedlungen zu schaffen, erschien durch Verwirklichung dieses Projektes nicht möglich.

Die Vorstände des ADGB. und des Afabundes haben sodann zum Siedlungswesen, besonders zu dem Plan der Ansiedlung von Erwerbslosen, Stellung genommen. Nach ihrer Auffassung muß die landwirtschaftliche Siedlung nach Kräften weiter gefördert werden. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und fachliche Eignung der Siedler, den Arbeitsmarkt kann sie nicht fühlbar entlasten. Die Stadtrandsiedlung bietet dem Siedler keine selbständige Existenz. Sie setzt Weiterbeschäftigung des Siedlers im Berufe oder den Bezug von Arbeitslosenunterstützung voraus. In der augenblicklichen Notlage ist das praktischste, den Arbeitslosen Kleingartenland (Schrebergärten) zur Verfügung zu stellen, weil hier mit den vorhandenen geringen Mitteln immerhin die größte Wirkung zu erzielen ist.

Eggert besprach dann eine Reihe von Plänen zur internationalen Arbeits-

werten Höhe, das konnte Kamerad Wolgast in seinem Schlußwort feststellen. Alle Kraft müsse eingesetzt werden, um die Anschläge des Unternehmertums abzuwehren.

Nochmals das Ergebnis der Aussprache über die Punkte der Tagesordnung zusammenfassend und an die Kameraden appellierend, alles einzusetzen für das Wohl des Verbandes, schloß der Vorsitzende, Kamerad Wolgast, die Konferenz.

schaffung, Pläne, die im Zusammenhang mit Anregungen von Albert Thomas, Jouhaux und Woytinsky stehen und sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden. Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung. Die Beratung steht in den Anfängen. Sie muß mit größtem Nachdruck beschleunigt werden.

Die Aufgabe duldet keinen Aufschub. Sie wird dadurch kompliziert, daß die schwere Wirtschaftskrise, in die Deutschland mit nunmehr fast 7 Millionen Erwerbslosen verstrickt ist, durch eine drückende politische Atmosphäre immer bedrohlicher wird. Der jahrelange Kampf um die Abrüstung, das ungelöste Reparationsproblem und die Vorgänge im Fernen Osten kennzeichnen die weltweite politische Situation. Wie groß die allgemeine Unsicherheit in der Weltwirtschaft ist, zeigt die Tatsache, daß seit der englischen Pfundkrise 22 Länder sich der Verpflichtung entledigt haben, ihre Noten im Lande in Gold einzulösen, daß ferner in einer Anzahl weltwirtschaftlich bedeutender Länder die Bewirtschaftung der Devisen eingeführt worden ist, daß weiter in einer Reihe von andern Ländern erhebliche Zollerhöhungen vorgenommen, Einfuhrkontingente und Einfuhrverbote durchgeführt wurden.

Der Völkerbund kann die Flamme im Fernen Osten nicht löschen. Die Reparationskonferenz in Lausanne ist vertagt worden, politische Ereignisse in Frankreich und Deutschland stehen zur Entscheidung. Die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahlen zum Preußischen Landtag, die Wahlen der Französischen Kammer sollen vorerst die politische Entscheidung bringen, ehe an die wirtschaftliche Verständigung und an die endgültige Lösung des Reparationsproblems herangegangen wird.

Wir können in Deutschland nicht so lange warten, ohne den Versuch zu wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung heraufbeschworen hat, fühlbar zu mildern. Die Gewerkschaften erheben deshalb die Forderung, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, in Sonderheit die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff zu nehmen.

Leipart faßte die Ausführungen Eggerts in einem Appell an den

## Neue Wege der Arbeitsbeschaffung

In der 4. Ausschußsitzung des ADGB. behandelte Kollege Tarnow Fragen der Arbeitsbeschaffung auf dem Wege der Kreditausweitung. Er führte aus: Die ökonomische und finanzielle Zukunft Deutschlands ist trübe. Die deutsche Ausfuhr wird weiter zurückgehen, ihre Verminderung um ein Drittel wird die Arbeitslosenzahl etwa um eine Million steigern. Den Tiefstand hat die deutsche Wirtschaft noch nicht erreicht, wenn nicht außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden. An baldige selbsttätige Erholung glaube ich nicht mehr. Die finanzielle Lage der Gemeinden, der Länder und des Reiches ist außerordentlich gespannt. Wir können nicht länger warten. Die Wahl — zu handeln oder abzu-

Bundesausschuß zusammen, indem die unabwiesbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand.

Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen, erklärte er, gellt uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Lethargie, der Gleichgültigkeit gegenüber der drängendsten Aufgaben der Zeit nicht dulden. Von dieser Tagung des Ausschusses muß der Verzweiflungsschrei der Massen verstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben; denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuseuchen. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heiß umstrittene Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesausschuß seine Stimme erheben. Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben. Ein Krisenkongreß muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus. Von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend, von jener ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Notverordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft unerträglich einengte. Im Juni 1931, als die zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die dritte Notverordnung Wirtschaft und Finanzen angeblich sicherte, war sie auf 4,7 Millionen gestiegen. Sie wuchs auf 5,3 Millionen, bis die vierte und, wie es hieß, letzte verhängt wurde, und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Millionen Menschen weiter gesteigert worden. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, könnte die Not nicht größer sein. Die Delegierten des Frankfurter Kongresses könnten zu einem außerordentlichen Krisenkongreß zusammentreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müssen die Regierung, wir müssen den Reichskanzler auffordern, auf diesem Kongreß zu erscheinen. Denn wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird.

warten — ist nicht mehr möglich. Wir müssen handeln und bewußt das machen, was früher automatisch bei der Ueberwindung der Krise geschehen ist. Weder von der Verbrauchsseite noch von der Seite der Produktionsmittelerzeugung kann in absehbarer Zeit eine Belebung von selbst kommen. Wir müssen also eine bewußte aktive Konjunkturpolitik führen und die Konjunkturpolitik kann lediglich in der Arbeitsbeschaffung seitens der öffentlichen Hand bestehen. Die öffentlichen Arbeiten müssen die früheren privatkapitalistischen Investitionen ersetzen, die jedesmal beim Abschluß der Depression auftauchten und der Wirtschaft den Belebungsanstoß gaben.

Die Schwierigkeit besteht in der Finanzierung. Die öffentliche Hand verfügt über keine flüssigen Mittel. Sie ist zwar nicht überschuldet, sie kann aber keine Kredite erhalten, weil das Kredit-system der Welt vollständig desorganisiert ist. Das Versagen des Kredit-systems hat bereits dazu geführt, daß die Weiterführung der Wirtschaft so gut wie unmöglich geworden ist. Bedeutet dies aber, daß wir alle uns hinlegen und sterben müssen? Nein, der fehlende Kredit muß so oder anders ersetzt und ins Leben gerufen werden.

Wir haben einen Plan aufgestellt, der bereits in der Öffentlichkeit besprochen wurde. Die öffentlichen Körperschaften, die berufen sind, Arbeiten auszuführen, sollen Schuldverschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr eröffneten Kredite aufgenommen werden. Um der Reichsbank Sicherheit zu verschaffen, muß eine Zwischenstelle eingeschaltet werden, die für die Tilgung der für die öffentlichen Arbeiten vergebenen Kredite zu sorgen hat.

Wir denken an die Beschäftigung von einer Million Arbeitern. Dies wird einen Aufwand für Löhne, Gehälter u. a. m. von etwa 2 Milliarden Reichsmark erfordern. Davon werden aber rund 600 Millionen Reichsmark von vornherein durch die freierwerbenden Arbeitslosenunterstützungen gedeckt. Es kommen noch Steuern und soziale Abgaben der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeitern hinzu. Es bleibt also eine zusätzliche Kaufkraft von höchstens 1,2 Milliarden Reichsmark übrig. Das würde eine Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung um 1 bis 1½ % bedeuten. Eine Inflationsgefahr von der Kaufkraftseite her kann dabei nicht entstehen. Der steigenden Nachfrage wird die Erweiterung der Produktion folgen, so daß eine fühlbare Preissteigerung — die das wichtigste Merkmal der Inflation ist — nicht eintreten kann.

Ueber das Wagemann-Projekt sprach der Direktor der Arbeiterbank, Geheimrat Bachem.

Wagemann ist bei seinem Projekt ausgegangen von der heutigen Situation. Bei früheren Krisen sammelte sich bei den Finanzinstituten Geldkapital, das zu relativ niedrigem Zinssatz der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden konnte. Bei der gegenwärtigen Krise war die Entwicklung eine andere.

Das Vertrauen in die Finanzinstitute ist weithin geschwunden, das Geldkapital wird gehortet und nicht als Einlagen in die Banken gegeben. Dieses Mißtrauen verschärft die Krisenerscheinungen. In der modernen Kreditwirtschaft spielt das Giralgeld eine besondere Rolle. Dieses Geld entsteht im allgemeinen auf dem Wege eines Kreditvertrages, den die Bank mit einem Kunden abschließt. Jedes Bankinstitut kann heute einem Kunden einen solchen Kredit einräumen. In diesem Kreditgeld sah Wagemann den Hauptgrund für die heutige Versteifung und er glaubt, das Giralgeld müsse mit dem Deckungsprinzip in Einklang gebracht werden.

Es muß, so folgerte Wagemann, ein fester Block geschaffen werden, eine ewige Schuld der öffentlichen Hand in Höhe von 3 Milliarden und ein weiterer variabler Betrag von 2 Milliarden zur Deckung der kleinen Noten. Diese kleinen Noten sollen eine beschränkte Zahlungskraft haben, das heißt nur bis zu 500 Reichsmark angenommen werden brauchen. Der Staat allerdings muß sie unbeschränkt in Zahlung nehmen, die Reichsbank ist verpflichtet, sie jederzeit in große Noten umzutauschen. Nun ist der Einwand erhoben worden, daß dieser Plan inflationistische Wirkung habe. Er sieht aber keine Vermehrung des Notenumlaufs vor.

Mit dieser ewigen Schuld soll also nicht eine Vermehrung des Geldumlaufs geschaffen werden. Erreicht wird damit eine Offenlegung der tatsächlichen Verhältnisse, der Wechselreiterei wird ein Ende gesetzt und eine klare Unterlage geschaffen.

Eine wesentliche Bremse gegen inflationistische Wirkungen ist durch die Kontrolle über das Giralgeld gewährleistet.

10 % der Giralguthaben der Finanzinstitute müssen durch Guthaben bei der Reichsbank gedeckt sein.

Wagemann verspricht sich von der Durchführung seines Planes eine Auf-tauung der gefrorenen Geldleitungen.

Naphtali meint, daß das internationale Moment bei der Beurteilung der Krisenursache stärker betont werden muß als geschehen ist. Die Krise erweist sich mehr und mehr als eine internationale Kreditkrise. Diese verschärfenden Momente können nur beseitigt werden durch Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Vertrauens und der politischen Beruhigung. Aktive Konjunkturpolitik ist heute identisch mit aktiver Außenpolitik, die auf die internationale, auf die deutsch-französische Verständigung abzielen muß. Wahrscheinlich wird man mindestens 3 Milliarden zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Hand zur Beschaffung von Arbeit für eine Million Arbeiter brauchen. Das muß zu Kreislaufstörungen führen und die Währung gefährden. Gerade in der psychologischen Situation Deutschlands, die zu größerer Vorsicht mahnt, als in andern Ländern. Die Inflationsfurcht muß in Rechnung gestellt werden, die leicht zu einer Inflationspanik führen kann. Demgegenüber scheint es notwendig, auf dem normalen Anleihe- wege der öffentlichen Hand Kapital zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung ist notwendig. Der Finanzierung sind Grenzen gesetzt und wir müssen uns bewußt bleiben, daß eine aktive Konjunkturpolitik nicht mit dem Ruf nach Arbeitsbeschaffung erschöpft ist, sondern daß vor allem auch gute Außenpolitik und Handelspolitik wichtige konjunkturpolitische Faktoren sind.

Zu Beginn der Aussprache verteidigte Tarnow noch einmal gegenüber den Einwänden Naphtalis den von ihm vertretenen Arbeitsbeschaffungsplan und die von ihm vorgesehene Finanzierung.

Weiter wurde die Bedeutung des internationalen Mißtrauens als Krisenursache anerkannt, aber es wurde auch nachdrücklich hervorgehoben, daß Deutschland auf die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens nicht warten könne. Die Lage des Arbeitsmarktes, ins-

## Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik

Die nun schon über zwei Jahre andauernde Wirtschaftskrise hat besonders die arbeitenden Volksschichten in Mitleidenschaft gezogen. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltsabbau sowie Verschlechterungen der sozialen Versicherungs- und Fürsorgeleistungen üben einen unheilvollen Einfluß auf ihre Lebenshaltung aus und rufen steigende Erbitterung und Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen hervor. Die Gewerkschaften haben diese Entwicklung aufs schärfste bekämpft. Ihre auf die Herbeiführung normaler Wirtschaftsverhältnisse gerichteten Forderungen fanden jedoch bei der Regierung wie den sonstigen maßgebenden Stellen nur geringe Beachtung. Unter dem Druck der Krise wurden die Gewerkschaften zunehmend in eine Abwehrstellung hineingedrängt, die es ihnen nur zum Teil möglich machte, die von den Unternehmern angestrebten Lohnkürzungen und sozialen Verschlechterungen zu verhindern. Was sie erreichen konnten, waren nur Milderungen weitergehender Härten. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist auch dieser Erfolg nicht zu unterschätzen, besonders weil sie es fertig brachten, trotz der Krise ihre organisatorische Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten. Das fällt um so mehr ins Gewicht, als die Gegner der Gewerkschaftsbewegung nichts unversucht ließen, um durch ihre skrupellose und demagogische Hetze das Vertrauen der Arbeiterschaft in die gewerkschaftliche Tätigkeit zu untergraben.

Diese Absicht ist weder von den Nationalsozialisten, noch von den kommunistischen Gewerkschaftsgegnern erreicht worden. Nach ihrem eigenen Eingeständnis gelang es ihnen nur, in den der Gewerkschaftsbewegung indifferent gegenüberstehenden Arbeiterkreisen Anhänger zu gewinnen, deren wirtschaftspolitische

besondere im Baugewerbe, zeigt schlagend, daß die öffentliche Hand eingreifen muß: gerade auf dem Gebiete der Bauwirtschaft, ohne deren Belebung die Ankurbelung der Wirtschaft im allgemeinen nicht kommen kann. Der Fachausschuß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für das Wohnungs-wesen hat einen Arbeitsbeschaffungsplan ausgearbeitet, der für Zehntausende, vielleicht für Hunderttausende von Arbeitern Arbeit bringen soll.

Die Hauszinssteuer, die auf der Grundlage der Inflationsgewinne der Hausbesitzer beruht, muß in eine Rentenschuld umgewandelt werden. Das ist vom ADGB schon vor Monaten gefordert worden. Aus ihr würden über 2 Milliarden Mark gewonnen werden, die zur Behebung der Finanzschwierigkeiten des Reichs, der Länder und Gemeinden sowie zu einem Teile auch für den Wohnungsbau verwendet werden könnten.

Zwei Milliarden Reichsmark würden ausreichen für die Beschäftigung von einer Million Arbeitern. Ein großer Teil der Lohnkosten würde aufgebracht werden durch Ersparnisse an Unterstützungen. An zusätzlichem Kredit wären höchstens 1,2 Milliarden Reichsmark zur Verwirklichung dieses Planes erforderlich. Zusätzliche Kaufkraft von 1,2 Milliarden Reichsmark würde jedoch die deutsche Währung nicht in Gefahr bringen. Wenn dagegen das Volk die Ueberzeugung gewinnen würde, die Regierung sei auf dem Wege, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, so würde das Vertrauen zum Staate wachsen.

Der Zeitpunkt für einen Krisen-kongreß der deutschen Gewerkschaften sei jetzt gegeben. Die Gewerkschaften müssen es sein, die mit großem Nachdruck die Öffentlichkeit mahnen, sich dem großen entscheidenden Problem der Arbeitslosigkeit ernsthaft zuzuwenden, sie müssen es sein, die sich der Führung bemächtigen bei dem Bestreben, Wege aus der Krise zu erschließen. Im Kampfe für die Arbeitsbeschaffung dürfen wir die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhaltung des Reallohnes nicht vergessen. Es dürfe nicht der Fall eintreten, daß die durch Arbeitsbeschaffung bewirkten Neueinstellungen von Arbeitern illusorisch gemacht werden durch zu lange Arbeitszeiten.

Einsicht nicht ausreichte, die Inhaltlosigkeit der radikalen Phraseologie von rechts und links zu erkennen. Dennoch läßt es das Geschrei der Gewerkschaftsgegner über ihre angeblichen Fortschritte begreiflich erscheinen, wenn hier und da Zweifel und Besorgnisse darüber auftauchen, ob die von den Gewerkschaften verfolgte Wirtschaftspolitik richtig ist oder einer Aenderung bedarf. Derartige Befürchtungen machen sich in Krisenzeiten immer bemerkbar, um schließlich mit ihnen zu verschwinden.

Die von den Gewerkschaften vertretene Wirtschaftspolitik verbietet ihnen, sowohl bei ihrer Tätigkeit wie bei ihrer Agitation auf das niedrige Niveau der rechts- und linkradikalen Gegner herabzusteigen. Sie müssen es ablehnen, ihrem Beispiel zu folgen, den Arbeitern unerfüllbare Versprechungen zu machen oder bei ihnen Illusionen dahin zu erwecken, daß es nur einer einzigen größeren Anstrengung, eines Putsches oder einer politischen Umwälzung bedarf, die gegenwärtige, noch dazu internationale Wirtschaftskrise zu beseitigen, und mit ihr die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse in für die Arbeiterklasse günstigem Sinne umzugestalten. Das ist, wie die Dinge in Rußland und Italien beweisen, weder den Kommunisten mit ihrem angestrebten deutschen Sowjetstaat, noch den Nazis mit dem Dritten Reich möglich, in dem der Faschismus zur Herrschaft gebracht werden soll. Nur eine organische, planvolle, sich auf demokratischer Grundlage vollziehende, auf alle Teile des Wirtschaftswesens erstreckende Um- und Bautätigkeit kann eine Besserung herbeiführen. In diesem Sinne sind die Gewerkschaften bisher tätig gewesen und werden es auch in der Folge sein.

Die von den Gewerkschaften vertretene Wirtschaftspolitik ergibt sich zwangs-

läufig aus der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, wird also nicht willkürlich von ihnen bestimmt. Ihrem Willen entspricht nur das angestrebte Ziel: die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter, die Sozialisierung der Wirtschaft und die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft. Die hierzu geeigneten Mittel anzuwenden, ist ihre wirtschaftspolitische Aufgabe. Darin besteht gegen früher ein wesentlicher Unterschied, der vielfach wenig beachtet wird. In den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung war die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik verhältnismäßig einfach. Die geringe Stärke der Gewerkschaften nötigte sie dazu, sich auf die Erringung höherer Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und den Schutz der Arbeiter vor den Gefahren des Betriebes zu beschränken.

Nur in dieser Konzentration ihrer Kräfte konnten sie erfolgreich sein, wobei sich jedoch nur zu oft zeigte, daß die erzielten Erfolge recht problematischer Natur und von kurzer Dauer waren, weil sie durch die verschiedensten wirtschaftspolitischen Einflüsse mehr oder weniger beeinträchtigt wurden. Diese Einflüsse auszuschalten oder abzuschwächen waren deshalb die Gewerkschaften mit ihrer zunehmenden Stärke genötigt, ihren Aufgabenkreis sowie ihre wirtschaftspolitische Tätigkeit immer weiter auszudehnen. Sie mußten verhindern, daß ihre lohnpolitischen Erfolge durch Arbeitslosigkeit, vorzeitige Erwerbsunfähigkeit der Arbeiter oder zoll- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Vorteil der Agrarier und Unternehmer geschmälert oder gegenstandslos gemacht wurden, was nur durch die Anpassung ihrer Wirtschaftspolitik an die bestehenden Verhältnisse zu erreichen war.

Ihre Wirtschaftspolitik erstreckt sich denn auch so ziemlich auf alle Wirtschaftsgebiete und greift selbst auf die innere und äußere Staatspolitik über. Das ist notwendig, weil die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge nicht voneinander zu trennen sind und das eine das andere bedingt.

In dem Kampf um stärkeren wirtschaftlichen und politischen Einfluß befinden sich die Gewerkschaften in einer ungünstigeren Position als die Unternehmer. Schon durch den Besitz der Produktionsmittel verfügen letztere über eine größere wirtschaftliche und politische Macht als die Arbeiter. Daneben steht der Vorteil, daß die organisatorische Zusammenfassung der Unternehmer leichter ist und durch den Staat gefördert wird. Die Gewerkschaften haben noch nie eine derartige Förderung erfahren, sondern waren stets auf die eigene Kraft angewiesen. Lange Zeit sind sie sogar vom Staat und seinen Organen bekämpft und in ihrer Entwicklung gehemmt worden. Unter diesen Umständen haben die wirtschafts- und sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter sehr große Bedeutung. Jede Einschränkung der Sozialversicherung, des Tarif- und Schlichtungswesens, des Arbeiterschutzes usw. ist mit einer Schwächung der wirtschaftlichen Widerstandskraft der Arbeiter sowie einer Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes verbunden, die abgewehrt werden muß.

Das trifft auch für die von den Gewerkschaften im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik angestrebte Wirtschafts-demokratie zu. Mit dieser Forderung geben sich die Gewerkschaften — wie von einzelnen Kritikern ihrer Tätigkeit irrtümlicherweise angenommen wird — keinerlei Illusionen hin. Die Forderung der Wirtschafts- und Betriebsdemokratie hat mit Harmonieduselei, Aufgabe oder Verwässerung des Klassenkampfgedankens nichts zu tun. Sie ist vielmehr ein durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingtes Erfordernis und schließlich auch selbstverständlich. Es gibt keinen vernünftigen Grund, die geforderte wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften mit den Unternehmern sowie deren Organisationen zu verweigern.

Von einer Aenderung oder Einschränkung der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik und ihrer Aufgaben kann daher keine Rede sein. Anders steht es mit ihrer taktischen Auswertung. In dieser

Hinsicht kann der Standpunkt vertreten werden, daß den Zeiterfordernissen entsprechend eine stärkere Konzentration der gewerkschaftlichen und politischen Kräfte der Arbeiterschaft auf bestimmte Forderungen angebracht erscheint. Ein Beispiel hierfür bietet der gegenwärtige Kampf gegen den Faschismus durch die „Eiserne Front“. Dem Abwehrkampf der Gewerkschaften gegen die Bestrebungen der Unternehmer, die Wirtschaftskrise in noch stärkerem Maße zu ihren Gunsten auszunutzen, die Arbeiter wirtschaftlich und sozial noch tiefer herunterzudrücken, steht zwar die Zersplitterungstätigkeit der rechts- und linksradikalen Kreise schwer hindernd im Wege, das

darf jedoch nicht abschrecken! Jeder Tag zeigt, wie sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt immer katastrophaler zuspitzen. Die Gewerkschaften haben diese Zuspitzung nicht unbeachtet gelassen, sondern in dringendster Form Arbeitsbeschaffung, Verkürzung der Arbeitszeit, Erweiterung und zweckmäßigere Regelung der Arbeitslosenfürsorge gefordert. Geschehen ist jedoch in dieser Richtung sehr wenig. Hierin muß eine Aenderung eintreten und gegebenenfalls durch stärkste Aufrüttelung der Öffentlichkeit wie der Arbeiter hebegeführt werden, wenn es nicht zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch mit seinen unabsehbaren Folgen kommen soll. m.

## Bedeutung der verfassungsmäßig gewährleisteten Meinungsfreiheit

Im zweiten Falle handelte es sich um einen Arzt der Schutzpolizei in Wittenberg, der Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei war und sich für diese auch als Stadtverordneter betätigte. Der preußische Staat hat den Arzt befristet mit der Begründung entlassen, daß seine nationalsozialistische Betätigung unvereinbar sei mit den Aufgaben, die von der Schutzpolizei zu erfüllen sind.

Hierzu sagt das Reichsarbeitsgericht: „Indessen hat der preußische Staat beachtliche Gesichtspunkte vorgebracht, die ihm nach seiner Meinung begründete Veranlassung gaben, von der Ausübung des Kündigungsrechtes Gebrauch zu machen, indem er geltend gemacht hat, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei betreibe den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verfassung. Im Interesse der Schlagfähigkeit der Schutzpolizei dürfe auch der bei der Schutzpolizei angestellte Arzt, der die Einstellung und Entlassung der Schutzpolizeibeamten zu begutachten habe, nicht Angehöriger einer Partei sein, die ein solches Ziel verfolge.“

Demgegenüber sagt das Reichsarbeitsgericht aber weiter:

„Es kommt nicht allein darauf an, ob der preußische Staat der subjektiven — vielleicht jeder Grundlage entbehrenden — Auffassung gewesen ist, sondern wesentlich auch darauf, daß der preußische Staat nach den zur Zeit der Kündigung gegebenen tatsächlichen Verhältnissen berechtigtweise zu der Auffassung gelangen konnte, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verfolge das Ziel des gewaltsamen Umsturzes des bestehenden Staates. War das der Fall, so bedeutete die dem Arzt ausgesprochene Kündigung, auch wenn sie wegen der politischen Meinungsäußerung erfolgt war, nicht einen Akt der Willkür oder des Mißbrauchs des vertragsmäßigen Kündigungsrechtes.“

Im dritten Falle handelte es sich um einen Heizer der Reichsmarinewerft in Wilhelmshaven, der ebenfalls wegen seiner Betätigung für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Deutschland entlassen wurde.

Hierzu sagt das Reichsarbeitsgericht: „Es ist dem Landesarbeitsgericht darin beizutreten, daß ein militärischer Betrieb, wie es der Betrieb der Marinewerft des Reiches ist, unbedingt solcher Arbeitnehmer bedarf, die auch durch ihre Gesinnung äußerste Zuverlässigkeit bieten. Das gilt auch für solche Arbeiter, die, wie der entlassene Heizer, zwar unmittelbar mit den militärischen Angelegenheiten nichts zu tun haben, aber als Glieder des Ganzen in dem militärischen Betrieb tätig sind. Es ist ferner gerade mit Rücksicht auf den besonderen Charakter des militärischen Betriebes nichts dagegen einzuwenden, wenn das Landesarbeitsgericht es zur Begründung des berechtigten Interesses an der Kündigung für ausreichend erachtet hat, daß nur die Mutmaßung bestehe, der Arbeiter oder Angestellte erkenne die bestehende Ordnung nicht an. Diese Mutmaßung darf aber nicht jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Sie muß vielmehr eine in den tatsächlichen Verhältnissen irgendwie begründete sein. — — — Es kommt zwar nicht darauf an, ob die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Wirklichkeit den gewaltsamen Umsturz der be-

stehenden Staatsverfassung erstrebt; es muß vielmehr als genügend angesehen werden, wenn die für die militärischen Betriebe zuständige Stelle nach den zur Zeit der Kündigung gegebenen tatsächlichen Verhältnissen begründete Veranlassung hatte anzunehmen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsverfassung erstrebe. War das der Fall, so war auch begründete Veranlassung zu der Annahme gegeben, daß diejenigen Personen, die sich zu dieser Partei bekannten, nicht diejenige Zuverlässigkeit boten, die insbesondere für militärische Betriebe erforderlich ist.“

In dem zuerst entschiedenen Streitfall, wo es sich um einen Kommunisten handelte, war dem Reichsarbeitsgericht bekannt, daß die Kommunistische Partei Deutschlands den gewaltsamen Umsturz der Staatsverfassung erstrebe. Deshalb hat es die Stellungnahme der Vorinstanz, die der Entlassung des Kommunisten zugestimmt hatte, anerkannt. Im zweiten und dritten Falle war dagegen dem Reichsarbeitsgericht nicht bekannt, ob auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den gewaltsamen Umsturz der Staatsverfassung will. Das sollen die beiden Landesarbeitsgerichte erst noch feststellen. Deshalb wurde im zweiten und dritten Falle an die beiden Landesarbeitsgerichte zur nochmaligen Stellungnahme und Entscheidung zurückverwiesen. Ein Kommentar zu dieser Auffassung des Reichsarbeitsgerichts ist sicher überflüssig.

An sich ist die Sachlage so, daß die verfassungsmäßig gewährleistete Meinungsfreiheit auch einen Schutz gegenüber willkürlichen Entlassungen, also gegen Maßregelungen, darstellt. Daneben gibt es die Gehorsams- und Treuepflicht. Wenn die Betätigung eines Beamten oder Angestellten oder Arbeiters gegen Sinn und Zweck einer Verwaltung oder eines Betriebes unmittelbar gerichtet ist, dann ist dem Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung nicht mehr zuzumuten. Er kann eine befristete Entlassung, in seltenen Ausnahmefällen auch eine fristlose Entlassung vornehmen, ohne gegen Artikel 118 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung zu verstößen. Für den Arzt der Schutzpolizei wird man daher dieses Recht des Arbeitgebers zur befristeten Entlassung ohne weiteres annehmen müssen, denn mit der Schutzpolizei verbindet die Bevölkerung den Begriff eines staatlichen Schutzorgans; hiermit ist die Betätigung als Nationalsozialist tatsächlich unvereinbar. Etwas anders liegt die Sache bereits bei dem Heizer der Reichsmarinewerft, denn dessen politische Gesinnung ist nur dann gegen Sinn und Zweck der Reichsmarinewerft gerichtet, wenn dieser Heizer nach seiner Stellung im Betrieb in der Lage ist, diese Gesinnung zum Schaden der Reichsmarinewerft zu betätigen; möglicherweise ist das der Fall. Noch anders lag die Sache bei dem kommunistischen Tischler der Heereswerkstatt. Wie dieser durch seine Gesinnung dem Sinn und Zweck dieses Betriebes hätte schaden können, ist schwer einzusehen. Insgesamt ist aber zu beachten, daß in aller Regel private Arbeitgeber Angestellte und Arbeiter wegen ihrer politischen oder einer sonstigen weltanschaulichen Gesinnung nicht maßregeln, also aus diesen Gründen weder fristlos noch

befristet entlassen dürfen. Das ist der wirkliche, nunmehr auch vom Reichsarbeitsgericht anerkannte Sinn der verfassungsmäßig gewährleisteten Meinungsfreiheit.

## 40-Stunden-Woche bei Notstandsarbeiten

Der Präsident der Reichsanstalt hat am 5. Januar 1932 einen Erlaß an die Landesarbeits- und Arbeitsämter gerichtet, in dem er auf die Notwendigkeit der Einführung der 40-Stunden-Woche bei Notstandsarbeiten hinweist. Der Erlaß (Geschäftszeichen III<sup>3</sup> 3836/31) hat folgenden Wortlaut:

I. Die Bestrebungen, eine Milderung der Arbeitslosigkeit durch Mehreinstellung von Arbeitskräften bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit in der Privatindustrie herbeizuführen, werden von der Reichsregierung nachdrücklich weiter verfolgt. Um so mehr muß diese Maßnahme auch bei den Notstandsarbeiten durchgeführt werden, um einer möglichst großen Anzahl Arbeitsloser vorübergehend Arbeit zu verschaffen. Die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter werden darauf hinzuwirken und gegebenenfalls die Bewilligung der Grundförderung an die Bedingung zu knüpfen haben, daß sich die Parteien des Arbeitsvertrages zu der Kürzung der Arbeitszeit bereitfinden. Dabei soll die Verteilung der Arbeitsstunden auf die Arbeitswoche der Vereinbarung der Beteiligten mit dem Arbeitsamt bzw. Landesarbeitsamt überlassen bleiben; als Voraussetzung wird lediglich zu gelten haben, daß in jedem Falle sowohl eine Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit, wie eine Belastung der Reichsanstalt durch etwaige Ausfalltage vermieden wird. Ein Hindernis für solche Vereinbarungen besteht auch dort nicht, wo die Arbeitszeit durch Tarifvertrag geregelt ist. Es ist anerkannt Rechts, daß eine tariflich festgesetzte Arbeitszeit im Zweifel als Höchststundenzahl gilt, die zwar nicht überschritten, wohl aber in gegenseitigem Einvernehmen unterschritten werden kann.

Um die Durchführung der Arbeitszeitkürzung zu erleichtern, bin ich im Benehmen mit einem Ausschuß des Verwaltungsrats und unter Abänderung meines Rundschreibens IIIa 2542/28 vom 6. Juni 1928 (Dienstliche Mitteilung 110/28) damit einverstanden, daß auch für die Berechnung der Arbeitslosentagewerke, für die die Förderung zu zahlen ist, die 48stündige Wochenarbeitszeit bis auf 40 Stunden herabgesetzt wird, sofern die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eine zeitliche Streckung der Arbeit, sondern eine Mehreinstellung von Arbeitskräften zur Folge hat.

II. Wird die verkürzte Arbeitszeit in der Weise verteilt, daß nur an fünf statt an sechs Wochentagen in der Woche gearbeitet wird, so kann die Fünf-Tage-Woche mit sechs Tagewerken abgerechnet werden.

III. Diese Bestimmungen finden Anwendung auf neu zu bewilligende Maßnahmen sowie auf solche, die bereits unter diesen Gesichtspunkten bewilligt und begonnen sind. Bei den übrigen im Gange befindlichen Notstandsarbeiten, die noch nach den alten Grundsätzen bewilligt worden sind, deren Kalkulation also auf der achtstündigen Arbeitszeit und auf der entsprechenden Grundförderung beruht, würde dem Träger bei Anwendung der neuen Grundsätze in vielen Fällen durch Vermehrung der Tagewerkszahl infolge von Arbeitszeitverkürzung ein ungerechtfertigter Gewinn zufließen. Es soll aber auch hier im Hinblick auf die sozialpolitischen Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung nicht engherzig verfahren werden. Die Landesarbeitsämter werden daher ermächtigt, in diesen Fällen den Mehranfall an Grundförderung bis zu 50 % des Unterschiedsbetrages, der sich aus der Anerkennungsmäßig bewilligten und der durch Arbeitszeitverkürzung erhöhten Gesamtförderung ergibt, zu vergüten. Ueber die Erhöhung der verstärkten Förderung in den vorstehenden Fällen entscheiden die für diese Förderung zuständigen Stellen (Landesbehörden und Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G.).

IV. Ueber die im Zusammenhang hiermit aufgetauchte Frage, ob die auf 40 Stunden verkürzte Arbeitswoche in Ansehung der Anwartschaftsbegründung auch dann mit sechs Arbeitstagen rechnen soll, wenn zum Beispiel aus betriebstechnischen Gründen nur an fünf Tagen gearbeitet wird, behalte ich mir die Entscheidung vor.

V. An den Grundsätzen über die Bemessung des Grundförderungssatzes im Einzelfalle wird durch dieses Rundschreiben nichts geändert.“

## Internationale Nachrichten

### Errichtung eines Wirtschaftsrates in Dänemark

Die gespannte Wirtschaftslage Dänemarks in Verbindung mit den Schwierigkeiten, die die Entwertung der dänischen Währung hervorgerufen hat, hat die dänische Regierung zur Einsetzung eines aus 30 Mitgliedern bestehenden und unter der Leitung des Ministerpräsidenten stehenden Wirtschaftsrates veranlaßt. Der Wirtschaftsrat, der sich aus Sachverständigen, besonders hervorragenden Persönlichkeiten sowie aus Vertretern des Handels, der Industrie sowie der Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Konsumentenorganisationen zusammensetzt, soll zur Beratung solcher Fragen einberufen werden können, die im Laufe der Zeit im Zusammenhang mit der veränderten Wirtschaftslage aufgeworfen werden, insbesondere aber zur Behandlung von Angelegenheiten in Verbindung mit den Währungsverhältnissen des Landes. Hierdurch soll erreicht werden, daß alle bedeutenden Wirtschaftsfragen einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, bevor zur Entscheidung oder Gesetzgebung geschritten wird.

Der Wirtschaftsrat, der bereits einige Sitzungen abgehalten hat, soll sich zunächst einmal mit der Frage der Beschaffung der für die Kontinuität der Produktion des Landes erforderlichen ausländischen Zahlungsmittel und im Zusammenhang hiermit mit den Fragen der Arbeitslosigkeit, dem Kauf und Weiterverkauf ausländischer Waren, Import, Export usw. beschäftigen.

## Bekanntmachungen

### Zentralvorstand

#### Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Absatz 3 der Satzungen wurde in Braunschweig Johannes Sager (Verbandsnummer 81 714) aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Zentralvorstand.

## Unsere Lohnbewegungen

### Zentrale Verhandlungen über das Verfahren für die Lohnregelung 1932

Die am 4. Februar begonnenen Verhandlungen sind am 22. Februar fortgesetzt worden. Das Ergebnis war folgende Vereinbarung:

1. Die bezirklichen Tarifvertragsparteien sind verpflichtet, in der Zeit von Anfang März bis spätestens zum 2. April 1932 über die Löhne im zweiten Vertragsjahr zu verhandeln.

2. Führen die Parteiverhandlungen nicht zu einem Ergebnis, so bleibt das weitere Verhalten der bezirklichen Tarifvertragsparteien diesen überlassen.

Nach dieser Vereinbarung werden die bezirklichen Parteiverhandlungen im März ihren Anfang nehmen. Die eventuelle Anrufung einer bezirklichen Schlichtungsstelle bleibt den bezirklichen Organisationen überlassen; es steht ihnen auch frei, welcher Schlichtungsstelle sie den Vorzug geben wollen, der tariflichen oder der staatlichen.

**Lohnstreit in Memel.** Der Zimmererverband des Memelgebiets teilt uns mit, daß sich die Kameraden in Lohnkämpfen befinden. Aus diesen Gründen muß vor Zuzug gewarnt werden.

# UNTERHALTUNG & WISSEN



## Eiserne Front

Fest wie ein Wall steht die Eiserne Front,  
Und was der einzelne nie gekonnt —  
Es schaffen Millionen der Streiter . . .

Die Republik ihr zertrümmern uns wollt,  
Habt Söldner gedungen für gleißendes  
Gold!

Wir rufen euch zu: „Nun nicht weiter!“

Die Lüge, Verleumdung und Hinterlist  
In diesem Kampf eure Waffe ist,  
Der Dolch und auch die Pistole. —

Wir kämpfen für Wahrheit und Freiheit  
und Recht,

Wir woll'n euer Blut nicht — es ist uns  
zu schlecht, —

Wir kämpfen dem Volke zum Wohle —.

Drum, Republikaner, schließt fester die  
Reih'n:

Es gilt, vom Faschismus uns ganz zu  
befrei'n,

Von Hitler und seinen Trabanten.

Laßt wehen die Fahnen im Frühjahrs-  
sturm,

Laßt läuten die Glocken von Turm zu  
Turm:

Wir schreiten! „Bis jetzt die Verkann-  
ten . . .“

H. Peters.

## Unschuldig im Kittchen

Von Max Dortu.

Jakob und Peter auf Wanderschaft —  
zwei junge rotblonde Zimmerleute. Fare-  
well! Glückliche Reise!

Da — ein Schloß, alt und grau. Mitten  
im See, eine Wasserburg. Da hinein  
gehen wir abkochen. Zwei fremde Zim-  
merleute — habt ihr was für uns zu  
essen? Ei gewiß, sagt die Schloßköchin  
— da ist gerade 'n Napf voll fertig —  
unsere Schoßhunde können später was  
kriegen. Jagdreis mit Rosinen — wohl  
zu speisen, die Herren Wanderbur-  
schen. Und jedem 'nen Krug Lausbacher  
Schloßbräu hinterher — aufs Wohl des  
Herrn Grafen, ihr lieben Wanderbur-  
schen! Nä, Frau Köchin, für die Freiheit  
soll 's gelten. Prost Lausbacher Schloß-  
bräu!

Der nächste Tag. Eine schreckliche  
Notiz im „Lausbacher Kreis-Anzeiger“:  
„Einbruch. Unser herrliches Schloß hat  
einen bösen Unfall erlitten, unbekannt  
Verbrecher haben sich ins rosige Schlaf-  
gemach der gnädigen Komtesse einge-  
schlichen, da haben sie alles durchwühlt,  
Bett und Bank, Schrank und Stand — die  
Juwelenschatulle unserer lieblichen Kom-  
tesse ward erbrochen — und all der holde  
Schmuck ward geraubt — Brillanten und  
Perlen, bunte Juwelen, lauterer Gold.  
Die Polizei ist mit ihren Spürhunden  
hinter zwei verdächtigen Gestalten einher,  
Merkmale: Kühne Gesichter, goldene  
Ringe in den großroten Ohren, Hüte breit  
wie Schirme, und jeder der Verdächtigen  
trug in der mächtigen Hand eine harte  
geringelte Schlange. — Alle ehrbaren  
Einwohner unseres Lausbacher Kreises  
werden gebeten: Augen und Ohren offen  
zu halten, daß die Vergewaltigung der  
Schätze unserer gütigsten Komtesse ge-  
richtlich gerächt werde. Gut Fang!  
K. W. (Lokalberichterstatter).“

Ein anderes Schloß, hoch am Berge,  
auch 'ne Burg, gleichfalls aus dem Mittel-  
alter, von Raben umflogen: das Kittchen  
von Lausbach!

Untersuchung.

Die enge Zelle. Armstarke Gitter da-  
vor. Kalt. Fünf Schritte vor — vier  
Schritte zurück — wie zwei gefangene  
Löwen stürmen unsere beiden Kollegen  
in der Zelle auf und ab — gefangen, ge-  
hängen! Verdächtig des Einbruchs.  
Mensch, ist denn so was möglich — ehr-  
bare Zimmergesellen des Diebstahls ver-

dächtig! Die blauen Augen flammen  
Blitze — Stahlkeile! Na, wartet. Wir  
beschweren uns.

Untersuchungskittchen zu Lausbach.  
Büro. Herr Assessor diktiert. Schreiber,  
notieren Sie! „Nicht alleine, daß die  
wilden Physiognomien der beiden Ver-  
dächtigen nichts Gutes prophezeien —  
nein: auch in ihren tiefen Hosentaschen  
haben sich Steine gefunden, der Hof-  
juwelier von Lausbach wird zu unter-  
suchen haben — inwieweit diese Steine  
edel sind und ob sie mit den geraubten  
Juwelen der gnädigen Komtesse identisch  
sind. Aufgenommen am Tage Sankt Lam-  
bert, in der Amtskanzlei des Gerichts zu  
Lausbach.“ Punktum. Fertig. Gehen  
wir zu Wein! Gesegneten Appetit, die  
Herren . . .

Hamburg. An der grauen Elbe. Dicke  
Luft. Nebel von Teufelsbrücke bis Uhlen-  
horst. Hamburg, Das Haus der Arbeit.  
Ein anderes Büro, Verband der freien  
Zimmerleute. Mook mol den Breef op  
— mol sehn, wat dor drin steiht.

„Liebe Genossen. Wir sitzen hier im  
Kittchen von Lausbach in Untersuchung.  
Wir sollen Juwelen gestohlen haben.  
Unser Gewissen aber ist rein — unschul-  
dig! Besser, Böses tun — als unschuldig  
leiden, wenn wir nur unsern Denunzian-  
ten an den Kragen könnten — das gäbe  
'nen feinen Zimmermannsspaß. Gute  
Wichsel! Später vielleicht? Liebe Ge-  
nossen von der Zentrale in Hamburg,  
hilft uns doch bitte: zu Recht und Frei-  
heit! Handelt. Schnell. Gleich. Sofort.  
Frei Axt! Peter und Jakob, wandernde  
Timmerlud aus Bramstedt. Danke.“

Schnell den Rotstift her. Gewerk-  
schaftsbüro Hamburg, Zimmerleute. Tele-  
gramm. „Rechtsanwalt Strom, Lausbach  
Stadt. Vertreten Sie bitte sofort die  
Rechtsinteressen unserer unschuldigen  
Verbandskameraden. Alle Spesen auf  
unsere Kappe.“

Wenn auch die alten Raben noch  
fliegen um die Burg — der Jakob und  
der Peter, die haben keine Furcht. Es  
regnet. Es stürmt. Fels Lausbach zittert  
mitsamt dem hohen Kittchen der Burg —  
das vergewaltigte Recht fordert seine  
Rache. Unschuldig!

Schlüssel klirren, das blaue Vollmond-  
gesicht des Herrn Oberjustizwachtmei-  
sters: Ich bitte die Herren Zimmerleute,  
mir zum Untersuchungszimmer zu folgen.

Ein Schnurrbart riesenlang. Eine Me-  
lone als Glatze. Zwei Schmarren über  
Lippe und Wange, von der Korpszeit her.  
Der Richter am Untersuchungstisch. Der  
Schreiber. Der blasse Assessor. Und  
das rassige Antlitz des Rechtsanwalts  
Strom, scharf wie ein Messer. Und stolz  
und würdevoll die Verdächtigen: die  
Freunde, die Zimmerleute Jakob und  
Peter.

Der Verteidiger Strom: Ich beantrage  
sofortige Entlassung — und Entschädi-  
gung wegen zu Unrecht erlittener Haft.  
Und Rückgabe der Steine — den Funden  
aus den Taschen meiner Klienten.

Der Richter: Hmh! Hoho. Jojo. Es  
war wohl ein Irrtum, auch die Justiz  
greift oft daneben, besonders die unteren  
Chargen —. Nur eine kleine Klärung:  
die Herren Zimmerleute, was bedeutet  
diese Handvoll Steine? Woher, wozu,  
warum tragen Sie so etwas in den  
Taschen, das beschwert doch unnützlich  
Ihre Wanderschaft?

Antwort:

Herr Richterrat. Wir Zimmerleute  
lieben das Schöne. Diese schönen Steine  
hier sind Andenken. Da — das Leichte  
— Bernsteinstücke von der Ostsee, vor  
Danzig gefischt, zwei Millionen Jahre alt.  
Und diese schweren Steine sind aus dem  
Goldbach von Waldeck: Feuersteine,  
Schmuck für unsere Bräute in Bramstedt.  
Andenken von der Wanderschaft.

Der Richter: Plausibel! Herr Assessor,  
es liegen sonst keine Momente vor —  
bitte Ausstellung der Entlassungsurkunde

— und Anweisung von je zwanzig Mark  
für unschuldige Haft — und zwei Bons  
für den Ratskeller: zwei Flaschen Laus-  
bacher Feuerwein — und gute Reise, die  
Herren Zimmerleute, und Verzeihung um  
den Fehlgriff. — Nächster Fall, Gerichts-  
diener: vorführen!

Jakob und Peter, wir gratulieren. Prost  
Freiheit. Dankt dem Verband, der ist  
euch Vater und Mutter, in jeder Lebens-  
lage, jawohl! Eiserne Front. Frei Heil.

„Lausbacher Kreisanzeiger“: Berichtig-  
ung. Einbruch im Schloß. Die Juwelen  
der Komtesse. Die beiden verhafteten  
Zimmerleute waren unschuldig, sie sind  
wieder frei. Die Forschung der Polizei  
führte zu einer Ueberraschung. Der Ein-  
bruch im Schloß war fingiert: die gnädige  
Komtesse ist mit ihrem Lakaien durch-  
gebrannt, die Juwelen hat sie mitgenom-  
men. Insofern bedauerlich, als Herr Lakai  
von Rosenberg eine der treuesten Stützen  
der nationalen Bewegung unseres Kreises  
war — er war Vertrauensmann der Nazis.  
Gott helfe ihm! L. W. (Lokalbericht-  
erstatter).“

Farewell: Burg Lausbach, wir schwin-  
gen den Stenz: auf nach Schwaben!  
Unsere Wanderzeit ist unsere Studenten-  
zeit, das Leben ist immer noch schön.  
Komm, wir wollen eins singen: „Schäume,  
Maritza, frei Geist!“

## Hitler, wer bezahlt Sie?

Die im Berliner Straßenhandel neu er-  
schienene Zeitung „Eiserne Front“ redet  
mit Adolf Hitler eindringliche Sprache:

„Zum 26. Januar, dem Vorabend des  
ehedem kaiserlichen Geburtstages, waren  
Sie wieder einmal zu Ihren rheinisch-  
westfälischen Gönnern und Spendern ein-  
geladen. Sie, der „Arbeiterführer“! Sie  
durften vor den Bergherren, den Erz-  
herzögen, den Generaldirektoren, den  
Chemiekönigen, den Geldfürsten, den In-  
dustriesyndizisten, den adeligen Latifundi-  
engewaltigen Ihre Ziele vortragen. Der  
„Sozialist“ als Ratgeber für den Hoch-  
kapitalismus! Der „Arbeiterführer“ ge-  
feiert von den hartnäckigsten Feinden  
der Arbeiterrechte im Deutschen Reich!

Hitler! Wir wollen, nachdem Sie vor  
den Herren des Kapitalismus gedient  
haben, ein paar Fragen stellen:

Sie waren Frontsoldat wie wir. Vor  
14 Jahren lagen Sie mit uns im Dreck  
und Feuer des Schützengrabens. Ein Ar-  
beiter mit Arbeitern, ein Prolet mit Pro-  
letariern. Das Kaiserreich ließ Sie für  
sich bluten, aber es verweigerte Ihnen  
das militärische Führertum wie uns.  
Handarbeit schändete im kaiserlichen  
Heere. Sie machte den Mann unwürdig,  
Offizier zu werden. Wo sind wir, wo sind  
Sie heute? Wir sind an den Stempel-  
stellen oder bei kargem Lohn im Betrieb.

Sie haben sich einen Palast gebaut. Sie  
reisen im eigenen Luxusauto (Wert  
43 000 M.). Sie bewohnen in den teuersten  
Hotels ganze Zimmerfluchten. Sie leben  
wie ein Fürst. Sie sammelten ein großes  
Vermögen. Ein Reisetag kostet Sie mehr,  
als wir in unsern kühnsten Träumen in  
einem Monat erarbeiten möchten. Wir  
fragen Sie, Hitler: Wer bezahlte und wer  
bezahlt Sie?

Nie hat in der deutschen Geschichte  
ein Parteiführer in Jahrzehnten soviel  
Geld für sich gemacht wie Sie in einem  
Jahre. Sie scheffeln Geld, während Ihre  
Frontkameraden bankerottieren, abge-  
baut, erwerbslos sind und hungern.

Sie versprechen uns Freiheit und Brot.  
Wir glauben Ihnen nicht, weil Sie mit  
denen halten, die allezeit für Rechts- und  
Lohnraub gewesen sind. Wären Sie Pri-  
vatmann, wir würden uns um Ihren Ver-  
kehr nicht kümmern. Es protzen und  
prassen ja so viele Neureiche.

Sie aber haben die Millionen nicht als  
Börsenjobber oder Unternehmer gemacht.  
Sie sind als politischer Spekulant reich  
geworden.

Ihre politischen Geschäfte haben sich  
gelohnt, haben sich verzinst, tausendfäl-  
tig. Als Frontsoldaten fragen wir Sie,  
den Gastfreund der rheinisch-westfälischen  
Hochkapitalisten:

Hitler, wo kommt Ihr Geld her?

Wer bringt die Millionen Reichsmark,  
Pfund, Dollars, Franken und Lira in Ihre  
Kassen? Wer? Legen Sie endlich Rechen-  
schaft ab! Vor Ihren Mitgliedern und vor  
der Öffentlichkeit! So halten es die Ar-  
beiterorganisationen aller Richtungen,  
weil sie nichts zu verbergen haben.

Zeigen Sie der Welt Ihre Kassen-  
bücher, wenn Sie sich nicht zu  
scheuen brauchen!

Werden Sie es tun? Werden Sie an-  
worten, Hitler? Sie werden sich hüten,  
Sie Vortragsreisender bei der rheinisch-  
westfälischen Schwerindustrie! — Sie  
werden sich hüten, Sie hochbezahlter Ar-  
tikellieferant für ausländische Hetzblätter  
gegen Deutschland! — Sie werden sich  
hüten, Sie Großverdiener des blutigen  
Faschismus! — Sie werden sich hüten,  
uns jemals unter die Augen zu treten,  
uns, den Kämpfern der Eisernen Front!

## Gefährliche Rekordleistungen

Man hört nicht selten davon, daß Fremd-  
körper verschluckt werden, ohne daß nen-  
nenswerte Störungen zurückbleiben; man  
hat Messer, Nägel, Glasscherben mit Er-  
folg aus dem Magen und Darm entfernt.

Im Gegensatz dazu kann die Unsitte  
der Eß- oder Trinkwetten die allergrößten  
Gefahren heraufbeschwören, und Todes-  
fälle nach derartigen Rekordleistungen  
sind nicht selten. Hier treffen sehr viel  
besondere Umstände zusammen, um dem  
Körper eine unverhältnismäßige Arbeit,  
einzelnen Organen eine viel zu hohe Be-  
lastung aufzubürden; bei den Trinkwetten  
kommt dann noch meist die akute Ver-  
giftung durch Alkohol hinzu.

Was auf diesem Gebiete geleistet wird,  
ist unglaublich. Einige besonders beme-  
kenswerte Vorkommnisse finden sich in  
einem Aufsatz von Dr. Joachim Fürstenau  
(Kreiskrankenhaus Bunzlau) in der „Me-  
dizinischen Welt“. Er berichtet da von  
Leuten, die ein Glas Bier mit drei Herin-  
gen darin mit einem Zuge austranken,  
oder die mehrere Eier mit Schale, Fische  
mit den Gräten verschluckten; eine Frau  
trank hintereinander acht Glas Wasser,  
zwei Tassen Tee und aß kaltes Fleisch  
dazu. Noch verhängnisvoller sind die be-  
liebten Trinkwetten. Ein junger Mann  
wettete, 20 Kognaks auf einmal trinken  
zu können; nach dem 14. sank er tot um;  
ebenso erging es einem Mann, der 30  
Groggs getrunken hatte; ein anderer starb,  
nachdem er innerhalb zweier Stunden  
zwei ganze Flaschen Portwein geleert  
hatte.

Diese katastrophalen Ereignisse haben  
verschiedene Ursachen: die Beschaffen-  
heit, die Menge und vor allem die  
Schnelligkeit, mit der die betreffenden  
Speisen oder Getränke genossen werden,  
sind ausschlaggebend. Feste Stoffe wirken  
mechanisch durch die übermäßige  
Füllung des Magens, Flüssigkeiten, die  
alkoholhaltig sind, entfalten noch außer-  
dem eine Giftwirkung. Erfolgt die Auf-  
nahme zu großer Mengen sehr rasch, dann  
kann es zu Rissen in der Magenwand  
kommen; zuweilen sind ganz erhebliche  
Verletzungen beobachtet. Es sind das fast  
ausnahmslos lebensbedrohende Zustände,  
und häufig erfolgt der Tod so rasch,  
daß Hilfe zu spät kommt. Aber selbst  
wenn der Magen nicht platzt, kann durch  
seine Ueberdehnung ein so großer Druck  
auf die umgebenden Organe ausgeübt  
werden, daß dadurch die allerschwersten  
Störungen hervorgerufen werden. Sind  
zu große Flüssigkeitsmengen hastig ge-  
trunken, dann wird plötzlich Herz und  
Blutkreislauf so überlastet, daß sie ver-  
sagen.

## Zahlstellenberichte

**Förste.** (Jahresbericht.) In der am 24. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurde eingangs das Andenken des verstorbenen Kameraden Friedrich Lürer in der üblichen Weise gelehrt. Der Vorsitzende gab dann den Jahresbericht und teilte unter anderem mit, daß in 6 Fällen Rechtsschutz beantragt und auch gewährt worden ist. Auch gab er die Namen derjenigen Kameraden bekannt, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbands zurückblicken können. Der Kassenbericht wurde von Kamerad Blume bekanntgegeben, und ihm Entlastung erteilt. Zur Stärkung der Lokalkasse wurde beschlossen, vom 1. Januar 1932 an die Freimarken mit 5  $\text{M}$  zu bewerten. Die Vorstandswahl wurde mit einigen Veränderungen vollzogen. Der neue Vorstand nahm die Wahl an. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Gera.** (Jahresbericht.) In unserer Generalversammlung erstattete der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Die große Arbeitslosigkeit und der damit verbundene Druck der Unternehmer auf Herabsetzung der Löhne hat die Zahlstelle im Berichtsjahr in manche Schwierigkeiten versetzt. Durch die Lohnbewegung im Frühjahr wurde der Tariflohn herabgesetzt. Durch das rigorose Vorgehen der Unternehmer mußte auch ein Abwehrstreik geführt werden, der dazu führte, daß der Spruch der zentralen Schiedsstelle auch für unser Lohngebiet Geltung hatte. Rechtsschutz wurde drei Kameraden gewährt. Es war eine Reihe Vertretungen vor den Spruchausschüssen in der Sozialversicherung notwendig. An Versammlungen wurden 13 einschließlich 4 Streikversammlungen abgehalten. Der Vorstand mußte in 15 Sitzungen zu den laufenden Angelegenheiten Stellung nehmen. Eine rege Beteiligung der Kameraden mit ihren Angehörigen wies eine im Berichtsjahr durchgeführte Besichtigung der Saale-Talsperre auf. In den Versammlungen wurden Vorträge über aktuelle Tagesfragen gehalten. In dem ausführlichen Bericht des Kassierers kam die Arbeitslosigkeit am deutlichsten in Erscheinung. Der Markenumsatz betrug pro Mitglied rund 18 Vollbeiträge und 34 Freimarken. In einer Versammlung im Berichtsjahr fand der Vorschlag des Vorstandes, auch die Freimarken mit 10  $\text{M}$  zu belasten, einstimmige Annahme, was zur Stärkung der Lokalkasse wesentlich beitrug. Dem Bericht des Jugendleiters war zu entnehmen, daß eine Reihe von Lehrlingsversammlungen und Modellierabenden stattgefunden hat. In den Versammlungen wurden interessante Vorträge für unsere Jugend gehalten. Weiter beteiligte sich unsere Jugendabteilung an allen Veranstaltungen des Jugendkartells. Die Berichte wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Alle Berichterstatter appellierten an die Kameraden, treu zum Verbands zu halten und besonders die Bestrebungen unserer Gegner mit allen uns zur Verfügung stehenden Machtmitteln zunichte zu machen.

**Güstrow.** (Jahresbericht.) In unserer diesjährigen Generalversammlung gab der Vorsitzende, Kamerad Lange, einen ausführlichen Jahresbericht. Bei der bezirklichen Lohnverhandlung forderten die Unternehmer einen Lohnabbau von „nur 30%“, trotzdem konnten wir den Spruch der zentralen Schiedsstelle von 1,05  $\text{M}$  auf 1,07  $\text{M}$  verbessern, somit betrug der Lohnabbau 8,9%. Die Erwerbslosigkeit betrug im Jahresdurchschnitt 58,2%. An Versammlungen fanden insgesamt 14 statt sowie 7 Vorstandssitzungen. Gauleiter, Kamerad Hinrichs, war in 2 Versammlungen und 2 Vorstandssitzungen anwesend, an einer Versammlung und einer Vorstandssitzung hat Kamerad Schumann vom Zentralvorstand teilgenommen. Vor dem Arbeitsgericht wurden 3 Klagen durchgeführt. Ein Streitfall wurde vor der Schlichtungskommission ohne Erfolg, vor dem Tarifamt jedoch mit Erfolg beendet. Der Spruch des Tarifamts erging dahin, daß

Treppenarbeit hier am Ort als Zimmerarbeit anzusehen und infolgedessen der Zimmererlohn zu zahlen sei. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die Abwehrbereitschaft der Arbeiterschaft gegen den Faschismus hin, und forderte alle Kameraden auf, geschlossen in die „Eiserne Front“ einzutreten. Der Kapitalismus wankt, sorgen wir dafür, daß er sehr bald beseitigt wird. Im Punkt Kassenbericht stellte der Kassierer fest, daß Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sind. Für die Zukunft müssen alle irgendwie möglichen Einsparungen gemacht werden. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre.

**Hamm i. W.** (Jahresbericht.) Unsere Generalversammlung fand am 10. Januar statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Das Berichtsjahr war für unsere Zahlstelle ein Krisenjahr mit einer katastrophalen Arbeitslosigkeit. Im Geschäftsjahr fanden insgesamt 14 Versammlungen statt. Die Vorstandsgeschäfte wurden in 3 Sitzungen erledigt. Der Kassierer schilderte die Kassenlage der Lokalkasse. Dem Kassierer, der die Kassengeschäfte gut geführt hat, wurde einstimmig Entlastung erteilt. Kartellsitzungen haben 9 stattgefunden, die je von einem unserer Delegierten besucht wurden. Die Aussprache über den Geschäftsbericht war äußerst sachlich. Der Vorstand wurde mit einigen Abänderungen wiedergewählt. Mit einem Dank an die Kameraden für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

**Hannover.** (Jahresbericht.) Die Quartals- und Jahresabrechnung lag den Kameraden in der Generalversammlung am 24. Januar gedruckt vor. Der Kassierer erläuterte noch einige Punkte in der Abrechnung, die Revisoren beantragten Entlastung, die einstimmig erteilt wurde. Sodann gab der Vorsitzende den Jahresbericht und streifte dabei die enorme Arbeitslosigkeit, des weiteren den durch die Notverordnungen vollzogenen Lohnraub. Anschließend berichtete der Jugendleiter über die Tätigkeit der Jugendabteilung. In der Aussprache erwähnte Gauleiter, Kamerad Naserke, die Kameraden, mehr als bisher ihre Pflicht zu tun und Hand in Hand mit dem Vorstand zu arbeiten. Alle Kameraden müssen sich der „Eisernen Front“ anschließen. Die bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt. An Stelle des durch Krankheit ausscheidenden Kameraden Remde tritt Kamerad Mook. Mit der Aufforderung zur regen Mitarbeit am Aufstieg der Zahlstelle schloß der Vorsitzende die anregende und sachlich verlaufene Tagung.

**Riesa.** (Jahresbericht.) Am 31. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht, und führte aus, daß trotz der Arbeitslosigkeit, verursacht durch die furchtbare Wirtschaftskrise, unsere Organisation noch unerschüttert dastehe. Im Durchschnitt waren 71% unserer Kameraden das ganze Jahr hindurch arbeitslos. Der Jugendleiter berichtete über unsere Jugendbewegung. Trotz dieser schweren Zeit haben sich unsere Jungkameraden rege an den Bastelabenden und sonstigen Veranstaltungen beteiligt. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Die Neuwahlen ergaben, daß der alte Vorstand mit einer kleinen Veränderung einstimmig wiedergewählt wurde. Dem folgte ein Referat des Gauleiters, Kamerad Köhler, über die Lohnbewegung und die Auswirkung der letzten Notverordnung. Redner erledigte sich vortrefflich seiner Aufgabe, alle Kameraden verfolgten seine Ausführungen mit großem Interesse. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Anwesenden nochmals, das Gehörte zu beherzigen und in diesem Sinne zu handeln.

**Ronneburg i. Th.** (Jahresbericht.) Ueber den Tätigkeitsbericht des Vorstandes, der in der am 31. Januar stattgefundenen Jahresversammlung erstattet wurde, war zu ersehen, daß die Wirtschaftskrise katastrophale Folgen auch in unserm Zahlstellengebiet mit sich brachte. Am Jahreschluß waren 96% der Kameraden arbeitslos. Sehr umfangreich

war die Tätigkeit des Vorstandes im Frühjahr wegen der Verhandlungen zum Abschluß des Bezirkstarifvertrages. In 9 Versammlungen haben die Kameraden zu den allgemeinen Verbandsfragen Stellung genommen. Im Jahres-Kassenbericht spiegeln sich die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit am besten wider. Von den Kameraden mußte anerkannt werden, daß die Einführung des 10- $\text{M}$ -Beitrags für die Freimarke notwendig war, um die Lokalkasse mehr zu stärken. Durch einstimmige Wiederwahl der bisherigen Funktionäre wurde zum Ausdruck gebracht, daß sie im verflossenen Jahre ihre Funktionen zur vollsten Zufriedenheit der Kameraden ausführten. Zum Schluß forderte der Vorsitzende alle Kameraden auf, sich der Eisernen Front anzuschließen, um den Nazi-Terror ein für allemal zu beseitigen.

**Saarbrücken.** (Jahresbericht.) In der am 31. Januar tagenden Generalversammlung erstattete Kamerad Hoffmann den Jahres- und den Kassenbericht über das verflossene Jahr. Die Wirtschaftskrise hat im Geschäftsjahr erhebliche Verschlechterungen für unsere Kameraden gebracht. Die Unternehmer nutzen die Arbeitslosigkeit zu ihren Gunsten aus, um bei Lohnverhandlungen eine Kürzung des Stundenlohnes zu erreichen. Trotz der Ungunst der Verhältnisse sollen die Kameraden auch in Zukunft einig und geschlossen sein. Im Berichtsjahre waren im Durchschnitt 80% der Kameraden arbeitslos. Der Kassen- sowie der Tätigkeitsbericht lag den Kameraden gedruckt vor. Aus demselben ging hervor, daß die Tätigkeit im verflossenen Jahre eine arbeitsreiche für den Vorstand war. Es fanden insgesamt 22 Versammlungen statt. Außerdem tagte der Vorstand in 7 Sitzungen. Nachdem die Revisoren ihren Bericht gegeben, fand der Antrag auf Entlastung des Kassierers einstimmig Annahme. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Ueber Lohn- und Tarifbewegung referierte Kamerad Hoffmann. Durch die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe versuchte der Arbeitgeberverband den Tariflohn wesentlich abzubauen. Der Schlichtungsausschuß fällt einen Spruch, den unsere Vertreter ablehnten, so besteht vorläufig ein tarifloser Zustand. Das Angebot der Unternehmer lehnte auch die Versammlung einstimmig ab. Unter „Verschiedenes“ wurde die Erwerbslosenfrage eingehend besprochen.

**Schwerin.** (Jahresbericht.) In der am 26. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Kassierer die Abrechnung bekannt. Auf Antrag wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Aus dem Bericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß an Versammlungen 9 und 9 Vorstandssitzungen stattfanden. Bei der Vorstandswahl wurden die bisherigen Funktionäre wiedergewählt. Mit einem Aufruf, alle Kameraden müssen sich der „Eisernen Front“ anschließen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Seehausen, Kr. Wanzleben.** (Jahresbericht.) Unsere Generalversammlung, die am 4. Februar stattfand, war gut besucht. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und hob hervor, daß die Zahlstelle ein Jahr, das von großen Schwierigkeiten begleitet war, hinter sich habe. Hierauf gab der Kassierer eine Jahresübersicht über die Kassenverhältnisse. Die von den Revisoren beantragte Entlastung wurde erteilt. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Anschließend hielt Kamerad Kahmann, Magdeburg, einen interessanten Vortrag. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Semdi. H.** (Jahresbericht.) Am 24. Januar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Nach Erstattung des Kassen- und des Jahresberichts hielt Gauleiter Kamerad Ebert einen Vortrag. Der Referent wies darauf hin, daß endlich Schluß gemacht wird mit der Katastrophenpolitik und den Diktaturplänen des Nationalsozialismus. Alle Kameraden haben sich der „Eisernen Front“ zur Verteidigung der republikanischen Idee anzuschließen.

**Sorau, N.-L.** (Jahresbericht.) Am 17. Januar fand unsere Jahres-Hauptversammlung statt. Der Vorsitzende berichtete, daß 8 Versammlungen stattfanden. In den Versammlungen wurden interessante Vorträge gehalten. Die Bautätigkeit war sehr gering. Im Durchschnitt waren 65% der Kameraden arbeitslos. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde zu dem Schreiben des Zentralvorstandes über die Beteiligung an der Eisernen Front Stellung genommen. Die Kameraden haben die Aufforderung auf das lebhafteste begrüßt und sich einstimmig bereit erklärt, in diesem Jahr dem Faschismus den schärfsten Kampf anzusagen. Der Zahlstellenvorstand wurde mit einigen Veränderungen wiedergewählt. Mit einem Appell, dafür zu sorgen, daß sich alle Kameraden in das Eisernen Buch einzeichnen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Spremberg.** (Jahresbericht.) In unserer Generalversammlung, die am 26. Januar stattfand, referierte Gauleiter Kamerad Köhler über „Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf das Baugewerbe“. In leicht verständlicher Weise zeigte er den Kameraden, wo die Ursachen der Krise zu suchen sind und wie diese große Volksnot beseitigt werden kann. Der Vortrag wurde von den Kameraden mit Beifall aufgenommen. Nachdem gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal. Die beantragte Entlastung wurde erteilt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß durchschnittlich 27% in Arbeit standen, davon ein Teil in andern Berufen. Die Ausgabe für die Zentralkasse war um 492  $\text{M}$  höher als die Einnahme. Der Lokalkassenbestand kann trotz der großen Wirtschaftskrise als gut bezeichnet werden. Durch Einsprüche beim Spruchauschuß des Arbeitsamts konnte für 6 Kameraden ein Betrag von 550  $\text{M}$  herausgeholt werden. Durch Klage beim Arbeitsgericht erhielten 2 Kameraden den Betrag von 131  $\text{M}$  zugesprochen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Kamerad Bielicke wurde für 25jährige Mitgliedschaft in üblicher Weise geehrt. Zum Schluß wurden die Kameraden aufgefordert, einig und geschlossen zu sein, um den Kampf gegen die Reaktion siegreich zu bestehen.

**Stade.** (Jahresbericht.) Am 1. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl stabil geblieben ist. Die Zahl der Lehrlinge ist um 50% zurückgegangen. Rund 80% unserer Kameraden sind arbeitslos. Trotzdem herrscht ein guter Geist unter den Kameraden, denken doch viele Kameraden daran, daß die Zeit bald kommen möge, wo wir unsere Macht beweisen können. Der Kassierer gab eine Uebersicht über die Kassenverhältnisse in der Zahlstelle. Nachdem noch örtliche Angelegenheiten besprochen wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung an alle Kameraden, auch wie bisher dem Zentralverband die Treue zu bewahren und sich in die „Eiserne Front“ gegen das Faschistengesindel zu stellen.

**Tübingen.** (Jahresbericht.) Am 17. Januar fand unsere Jahresversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Jahresbericht. Im Geschäftsjahr waren 4 Mitgliederversammlungen und 2 Vorstandssitzungen. Kartellsitzungen fanden 6 und 3 Funktionärsitzungen statt. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal und wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Gauleiter, Kamerad Rempt, nahm die Ehrung von 4 Kameraden, die eine 25jährige Mitgliedschaft aufweisen, vor, und appellierte an die Kameraden, mit der gleichen Energie und Treue zum Verbands zu stehen wie die Jubilare. Von der Zahlstelle wurde den Jubilaren ein Geschenk überreicht. Kamerad Rempt hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage und appellierte an die Kameraden, auf dem Posten zu sein und sich der „Eisernen Front“ anzuschließen.

**Wesermünde.** (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit im Jahre 1931 lag im Zahlstellengebiet fast vollständig da-

nieder. Demzufolge ist auch die Arbeitslosigkeit im Berichtsjahre gestiegen. Sie betrug im Monatsdurchschnitt 73,3 %, stieg sogar im Dezember auf 80,3 %. Unter der enormen Arbeitslosigkeit litt naturgemäß auch die Werbearbeit. Neu eingetretene sind im Berichtsjahr 10 Kameraden gegenüber 41 im vorigen Jahre. Die Zahl der Lehrlinge ist erheblich zurückgegangen. Die Eltern haben in den letzten Jahren erkannt, daß unser Beruf keinen goldenen Boden mehr hat. Trotz aller Unbilden hat der Vorstand die Jugendveranstaltungen aufrechterhalten und noch weiter ausgebaut. Neben Modellierabenden sind Vortrags- und Unterhaltungsabende eingelegt, die auch rege von unsern Jungkameraden besucht wurden. Außerdem wurde dazu übergegangen, eine Jugendsparkasse einzurichten, damit im Sommer Wanderungen unternommen werden können. Einen größeren Zeitraum nahmen im Berichtsjahr die Tarif- und Lohnverhandlungen in Anspruch. Die Unternehmer glaubten, zur Offensive übergehen zu müssen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe auf ein Minimum herabzudrücken. Leider standen ihnen die Schlichtungsinstanzen zur Seite. Neben Verschlechterungen des Tarifvertrags mußten wir auch einen Lohnabbau hinnehmen. Trotzdem glauben die Unternehmer, noch nicht vollständig auf ihre Rechnung gekommen zu sein, sie forderten 25 bis 30 %. Um die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen, waren 7 Schlichtungskommissionssitzungen, 1 Tarifamtssitzung, 4 Arbeitsgerichtsklagen und außerdem 4 Spruchausschußsitzungen notwendig. Durch Klagen wurden insgesamt 1600 M für die Kameraden herausgeholt. Vorstandssitzungen fanden 12 und an Versammlungen insgesamt 13 statt. Durch die Arbeitslosigkeit haben sich auch die Finanzverhältnisse sehr ungünstig gestaltet. Aber trotz der schwierigen Zeitverhältnisse muß es gelingen, unsere gewerkschaftlichen Positionen zu behaupten und noch mehr zu erweitern.

**Wilhelmshaven-Rüstringen.** (Jahresbericht.) In unserer am 20. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kamerad Tschackat einen Bericht von den in Bremen getätigten Lohnverhandlungen. Gegen den fortgesetzten ungerechten Lohnraub, und insbesondere gegen die Willkür der Unternehmer, die sich erdreisten, den Lohn noch tiefer zu schrauben, entspann sich eine lebhaft Diskussion. Anschließend wurde der Kassenbericht vom 4. Quartal erstattet. Der Antrag des Revisors, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß 28 Kameraden infolge der Wirtschaftslage überhaupt keine Beschäftigung gefunden haben. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit betrug 80 %. Wegen eines Streitfalles einigte man sich auf einer Schlichtungskommissionssitzung. An Versammlungen fanden insgesamt 13 statt. Die Zahlstelle Jever wurde im Berichtsjahr unserer Zahlstelle angeschlossen. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Der Vorsitzende sprach der Versammlung für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen seinen Dank aus. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Wittenberge.** (Jahresbericht.) In der Generalversammlung am 15. Januar berichtete der Vorsitzende eingehend über das abgelaufene Geschäftsjahr. Durch die schlechte Arbeitsmöglichkeit waren nur einige Kameraden in der Lage, für längere Zeit Beschäftigung zu erlangen. Trotz der ungünstigen Arbeitsmarktlage mußten einige Klagen vor dem Arbeitsgericht geführt werden. Der vom Kassierer erstattete Jahres-Kassenbericht wurde von der Versammlung gutgeheißen und die beantragte Entlastung des Kassierers einstimmig erteilt. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Es wurde dann noch weiter die Lokalfrage besprochen und beschlossen, ein anderes Lokal für unsere Versammlungen zu bestimmen. Zu einem vom Vorsitzenden verlesenen Schreiben über das Randstadtsiedlungswesen wurde noch Stellung genommen und betont, daß an den geplanten Randstadtsiedlungen

vor allen Dingen Bauarbeiter beschäftigt werden sollen.

**Zwickau i. Sa.** (Jahresbericht.) In der am 31. Januar stattgefundenen Jahreshauptversammlung wurde das Ableben von drei Kameraden aus der Zahlstelle sowie des verstorbenen Kameraden Kube vom Verbandsausschuß geehrt. Anschließend gab der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Infolge der ungünstigen Wirtschaftslage waren durchschnittlich 84 % der Kameraden erwerbslos. Auch der uns im April 1931 von den Unternehmern aufgezwungene Lohnkampf sei eine Notwendigkeit gewesen, und hatte trotz großer Erwerbslosigkeit Erfolg. An Versammlungen haben 9, Vorstandssitzungen 6, Ortsausschußsitzungen 7 stattgefunden. Weiter wurde erwähnt, daß mit einigen Firmen wegen Lohnstreitigkeiten sowie Urlaubsstreitigkeiten, insgesamt 254 M durch Vergleich sowie 3 Wiedereinstellungen für unsere Kameraden erreicht wurden. Auch wurde über die Jugendbewegung berichtet. Der Kassierer machte zu dem gedruckt vorgelegten Kassenbericht noch einige Ergänzungen. Trotz großer Erwerbslosigkeit beträgt der Lokalkassenbestand 3842,77 M. In der stattfindenden Aussprache wurde die Arbeit des Gesamtvorstandes von allen Kameraden gewürdigt. Die beantragte Entlastung des Kassierers wurde einstimmig erteilt. Die bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt. Nachdem noch die Entschädigungsfrage für Vorstandsmitglieder geregelt wurde, fand die Versammlung mit einem Aufruf, fest zusammenzustehen, um das kommende Jahr zu meistern, ihren Abschluß.

## Wirtschaftspolitisches

### Für Verstaatlichung des Bergbaues

Der Deutsche Bergbauindustriearbeiterverband hielt kürzlich eine Reichskonferenz ab, die zu den besonders schwierigen Verhältnissen im Bergbau Stellung nahm. Aus den Darlegungen des Verbandsvorsitzenden Husemann ging hervor, wie schwer die Bergarbeiter heute zu leiden haben. Trotz der großen Arbeitslosigkeit wurden im Jahre 1931 noch 9,4 Millionen Feierschichten eingelegt. Die Konferenz kam nach einer ausgedehnten Behandlung der verschiedenen Fragen zu der Ansicht, daß eine Verstaatlichung des Bergbaues die einzig richtige Forderung aus dem Ergebnis der Entwicklung sei. In folgender Entscheidung wurde das ausdrücklich festgelegt:

„Der systematische Mißbrauch der wirtschaftlichen und politischen Macht des Privatkapitals im Bergbau ist die entscheidende Ursache für die organisatorischen Unzulänglichkeiten und Mißerfolge in dieser für die Gesamtwirtschaft lebenswichtigen Industrie. Die kapitalistischen Fehler und Mißgriffe der Montankonzerne und Syndikate sollen jetzt durch einen unerhörten sozialen Druck auf die Arbeiter und Angestellten überdeckt werden. Damit aber wachsen nur die sozialen Reibungswiderstände, und der Krisenweg wird verlängert. Die monopolisierte Bergbauwirtschaft bedarf heute mehr denn je der gemeinwirtschaftlichen Lenkung, die in zureichender Weise nur durch Gemeineigentum an den bergbaulichen Gewinnungstätten und Bodenschätzen ermöglicht wird. Die freigewerkschaftlichen Bergarbeiter halten es für ihre Pflicht, Staat und Allgemeinheit auf die Dringlichkeit und Durchführbarkeit dieser in immer weiteren Kreisen erkannten wirtschaftsorganisatorischen Grundaufgabe erneut hinzuweisen.“

In einer andern Entschliebung wurde die Beendigung der Reparationen gefordert. Der Gewerkeverein Christlicher Bergarbeiter tagte zu der gleichen Zeit. Der Vorsitzende desselben, Imbusch, bezeichnete bei dieser Gelegenheit die Unternehmer der Schwerindustrie als eine Gefahr für das gesamte deutsche Volk. Damit hat er eine Behauptung aufgestellt, die von der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft geteilt wird. Die Schwerindustrie ist in der Tat der Herd aller Reaktionen und jeden sozialpolitischen Rückschritts.

## Gewerkschaftliches

### 4. Ausschuß-Sitzung des ADGB.

Am 15. und 16. Februar trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner vierten Tagung zusammen.

Leipart eröffnete die Verhandlungen mit herzlichen Worten des Gedenkens über den langjährigen Kassierer der Generalkommission und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Kube, der im vergangenen Monat aus dem Leben geschieden ist. Sodann erstattete Leipart Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes während der letzten Monate, aus dem wir nur einige Punkte herausgreifen. Insbesondere kritisierte er die unschlüssige Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchst Arbeitszeit. In den letzten Monaten stand die Reparationsfrage im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Leipart erläuterte in kurzen Zügen die Haltung des Bundesvorstandes. Die Forderung „Schluß mit den Reparationen“ steht in keiner Weise im Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften werden diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten.

Weitere Einzelheiten aus der Tätigkeit des Bundesvorstandes wurden von Spliedt, Schlimme und Gertrud Hanna vorgetragen. Schlimme berichtete über Steuerfragen. Vom 10. Februar 1932 an wird in der Verpflichtung zur Zahlung der Bürgersteuer eine Erleichterung eintreten. Dieses Ergebnis ist durch gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller Richtungen zusammen mit den ihnen nahestehenden Parteien ermöglicht worden. Die Lohnsteuersenkung aus Billigkeitsgründen auf Grund von § 131 der Reichsabgabenordnung wird behördlicherseits bekämpft. Gegen diesen rechtlich unhaltbaren Standpunkt wehren sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit. Sie fordern, daß die Lohnsteuer erst dann abgezogen wird, wenn das lohnsteuerfreie Einkommen wöchentlich oder monatlich erreicht ist. Der Reichsfinanzhof hat entschieden, daß auch die ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre lohnsteuerpflichtig seien. Der Bundesvorstand wird im Klagewege gegen diese Auffassung vorgehen. Schlimme gab abschließend nähere Mitteilungen über den organisatorischen Aufbau der Eisernen Front, für die sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit einsetzen.

Spliedt berichtete über das Krümpersystem.

Kollegin Hanna ging auf die Notwendigkeit der besonderen Werbungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen ein.

In der Aussprache wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß es noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte in Deutschland gibt, die erheblich länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten, und zwar besonders häufig in öffentlichen Betrieben. Diesem Unfug muß gesteuert werden. Die jüngst bekanntgewordene Auffassung des Reichsarbeitsministeriums über die Frage der Arbeitszeit, daß es nicht angebracht sei, die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit gegenwärtig weiter zu verfolgen, wird von allen Verbandsvertretern entschieden verurteilt. Das Krümpersystem ist nur unter bestimmten Voraussetzungen durchführbar, aber wo diese Voraussetzungen gegeben sind, liegt die Anwendung des Krümpersystems im Interesse der Gewerkschaften. Die Schwarzarbeit ist heute weit verbreitet. Sie ist gegenwärtig Gegenstand einer besonderen Untersuchung im Reichswirtschaftsrat. Die Vertreter der Gewerkschaften haben dort ihre Bereitschaft zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erklärt, aber hinzugefügt, daß sie sich von zweckmäßigen tarifvertraglichen Regelungen eine größere und gerechtere Wirkung versprechen als von einem weitgehenden gesetzlichen Zwang. Die Haltung des Bundesvorstandes in der Reparationsfrage wurde gebilligt.

Am Schluß der Debatte stellt Leipart fest, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gewerkschaften die Verordnung vom 5. Juni 1931 nicht als Grundlage für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung anerkennen können. Nur die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses können als Grundlage einer solchen Maßnahme dienen. Zur Reparationsfrage erklärte Leipart abschließend, es besteht kein Widerspruch zwischen unserer Forderung nach Verständigung mit Frankreich und der Losung „Schluß mit den Reparationen“. Denn die Welt ist sich klar geworden darüber, daß der politische Streit um die Reparationen eine der wesentlichsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise ist.

Am zweiten Tage der Konferenz wurden Fragen der Arbeitsbeschaffung behandelt. In einer Reihe von Abhandlungen in der vorliegenden Nummer des „Zimmerer“ geben wir die Referate und die Beschlüsse in dieser Frage wieder. Die Beratungen des Bundesausschusses waren getragen von dem entschlossenen Willen, die ganze Kraft der Bewegung einzusetzen, um die Forderungen des ADGB zur Anerkennung zu bringen und der Verwirklichung entgegenzuführen. Der Bundesausschuß beschloß, den Frankfurter Kongreß in nächster Zeit als außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen. Der Kongreß wird zu geeigneter Stunde die Forderungen der Gewerkschaften an Staat und Wirtschaft, voran den Ruf nach durchgreifenden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, unter Einsetzung des Ansehens und des Gewichts der gesamten Bewegung vor der Öffentlichkeit vertreten. Mit der Einberufung des Kongresses ist der Bundesvorstand beauftragt.

Damit sind die Beratungen über das Problem der Arbeitsbeschaffung abgeschlossen; der Bundesausschuß kommt nunmehr zum letzten Beratungspunkt: Wahl des Bundeskassierers. Der Frankfurter Gewerkschaftskongreß hatte den Bundesausschuß mit der Wahl betraut. Leipart schlägt im Namen des Bundesvorstandes den Kollegen Ernst Schulze, bisher Sekretär im Bundesbüro, zum Kassierer vor. Ohne Aussprache folgt der Ausschuß diesem Vorschlag und wählt Schulze einstimmig zum Kassierer des Bundes.

## Arbeitsrechtliches

### Wann liegt kein Baubetrieb im Sinne der Tarifvertragsverordnung?

Der Geltungsbereich des zwischen den baugewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossenen Reichstarifvertrages und die darüber ausgesprochene Allgemeinverbindlicherklärung erstreckt sich auf alle gewerblichen Arbeiter im Bau-, Maurer-, Zimmerer-, Beton-, Eisenbeton- und Tiefbau-, „gewerbe“. Diese nähere Umschreibung des Geltungsbereiches entspricht den Vorschriften des § 2 der Tarifvertragsverordnung. Danach gelten für alle Arbeitsverträge, die in den schon bezeichneten Gewerben abgeschlossen werden, die tarifvertraglichen Bestimmungen. Nun wird aber in der entscheidenden Frage in der Allgemeinverbindlicherklärung von „Gewerbe“ und nicht von „Arbeiten“ gesprochen. Wenn alle auszuführenden Bauarbeiten von der Allgemeinverbindlicherklärung des Reichstarifvertrages erfaßt werden sollten, so müßte es schlechthin heißen: Für alle Bau-, Maurer-, Zimmerer-, Beton-, Eisenbeton- und Tiefbau-, „arbeiten“. Dieser Mangel war Veranlassung zu einer arbeitsgerichtlichen Entscheidung, mit der sich alle drei Instanzen beschäftigten und der folgender Fall zugrunde lag:

Ein Privatmann errichtete unter eigener Regie für sich selbst ein Wohnhaus. Bauleitender Architekt war ein Bruder eines an diesem Bau beschäftigten Arbeiters. Mit den die Bauarbeit ausführenden Arbeitern schloß der Bauherr einen schriftlichen Vertrag, wonach unter ausdrücklichem Verzicht auf etwaigen Tariflohn zum Ausdruck gebracht wurde, daß die dem Vertrag zugrunde liegenden Lohnabmachungen für die Arbeiten maß-

gebend sind. Einer der Arbeiter, der hier als Kläger in Frage kommt, glaubte, wengleich der Bauherr als Beklagter unstreitig nicht organisierter Arbeitgeber ist, von ihm nach Maßgabe der für die Allgemeinverbindlicherklärung des Reichstarifvertrages den Tariflohn nachträglich verlangen zu können. Er forderte also die Nachzahlung des Lohnunterschiedes von dem wirklich gezahlten und dem ihm auf Grund des Tarifvertrages zustehenden Lohn. Arbeits-, Landesarbeits- und Reichsarbeitsgericht haben die Klage abgewiesen.

Das Reichsarbeitsgericht formulierte sein Urteil dahingehend, daß, wenn ein Privatmann in eigener Regie für sich selbst ein Haus baut und dazu Bauarbeiter annimmt, kein „Betrieb“ im Sinne der Tarifvertragsverordnung vorliegt. Es kommt daher der Reichstarifvertrag für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe kraft Allgemeinverbindlicherklärung nicht zur Anwendung.

In der näheren Begründung zu dem Urteil — das auch zum Abdruck in der amtlichen Sammlung bestimmt ist — wird vom Reichsarbeitsgericht zum Ausdruck gebracht, daß ein Rechtsbegriff des Betriebes in vorliegendem Fall nicht gegeben sei und deshalb die tarifvertraglichen Abmachungen nicht angewandt werden können. Im übrigen ist es der gleichen Ansicht wie die Berufungsinstanz. Letztere führte in ihrer Begründung aus, daß nach ständiger Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts allerdings der Baugewerbetarif kraft seiner Allgemeinverbindlicherklärung nicht nur auf gewerbliche Baubetriebe im eigentlichen Sinne und auf gewerbliche Baubetriebe innerhalb eines andern fachfremden Gewerbebetriebes, sondern unter Umständen auch bei nichtgewerblichen Betrieben, und zwar auf alle Unternehmen anzuwenden sei, die Arbeiten des Baugewerbes zum Gegenstand und Mittelpunkt ihrer betrieblichen Tätigkeit machten. Von einem solchen Unternehmen könne jedoch dann nicht die Rede sein, wenn jemand, wie die Beklagte, als Privatperson mit Hilfe einiger nur zu diesem Zwecke angemommener Bauarbeiter für sich selbst ein Gebäude errichte. Sowohl die Allgemeinverbindlicherklärung zum Reichstarifvertrag spreche ausdrücklich von „Betrieben“, als auch das Reichsarbeitsgericht immer wieder auf die betriebliche Tätigkeit des in Frage kommenden Unternehmens hinwies. Der Begriff eines „Betriebes“ in arbeitsrechtlichem Sinne werde aber auch im Schrifttum überwiegend als eine „Vereinigung der persönlichen, sachlichen und immateriellen Mittel zur fortgesetzten Verfolgung eines technischen Zweckes“ bestimmt. Danach versteht man unter einem „Betrieb“ eine auf gewisse Dauer zusammenhängende Gesamtheit von Geschäften, die sich in der Reihenfolge mit Ausführungen von Bauaufträgen befassen. Das Berufungsgericht folgte dieser Begriffsbestimmung und kam dann zu der Ansicht, daß eine einmalige eigene Bauausführung einer Privatperson nicht darunter zu bringen sei, und man könne dadurch von der Allgemeinverbindlicherklärung des Baugewerbestarfs keinen Gebrauch machen. Das Reichsarbeitsgericht betonte, daß diese Ausführungen des Berufungsgerichts einen Rechtsverstoß gegen § 2 der Tarifvertragsverordnung nicht erkennen lasse.

Wenn das Reichsarbeitsgericht bei seiner Stellungnahme zu dieser Frage von der Bestimmung des § 133 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgeht, so ist diese Auffassung um so mehr unverständlich. Es ist bestimmt der Wille der Vertragsparteien gewesen und auch heute noch, daß vom Reichstarifvertrag sowie der dann folgenden Allgemeinverbindlicherklärung alle Bauarbeiten erfaßt werden sollen. Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt in dem schon zitierten Paragraphen, daß bei Auslegung einer Willenserklärung der wirkliche Wille zu erforschen sei und nicht an dem buchstäblichen Sinn des Ausdrucks festgehalten werden soll. Daraus wäre zu schließen, daß man in solchen Einzelfällen das Wort „Gewerbe“ nicht formell anwenden,

sondern auch von „Arbeiten“ dieser Art sprechen könnte. Das ergibt sich schon daraus, daß im Reichstarifvertrag für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe, § 1 Ziffer 4, von „Arbeiten“ und nicht vom „Gewerbe“ gesprochen wird. Der wirkliche Wille der Vertragsparteien ist also, daß für alle Bauarbeiten, die zur Ausführung kommen, gleichviel, ob sie von einem Bauunternehmer ausgeführt werden oder nicht, die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen maßgebend sind. Die Einschränkung des Wortes „Gewerbe“ an Stelle „Arbeiten“ ist also nur vom Reichsarbeitsminister gemacht worden. Der wirkliche Wille der Vertragsparteien ist aber nach wie vor, daß sämtliche ausgeführten Bauarbeiten darunter zu verstehen sind.

## Politische Wochenschau

Von der Abrüstungskonferenz — Zur Reichspräsidentenwahl — Fürstenrenten müssen gesenkt werden — Rüpelszenen der Nazis — Schlotbarone und der Arbeiterführer — Selbstverstümmelung eines Naziabgeordneten

In dieser Woche hat Deutschland der Abrüstungskonferenz seine Vorschläge unterbreitet. Zwei Leitgedanken kommen darin zum Ausdruck: einmal die völlige Beseitigung der Waffen, die vorwiegend für Angriffszwecke gebraucht werden — darunter namentlich derjenigen, die auch die Zivilbevölkerung bedrohen —, und im übrigen die Durchführung einer alle Rüstungsfaktoren umfassenden wirksamen Rüstungsverminderung und Begrenzung. Wenn sich die Vorschläge unter diesem Gesichtspunkt gruppieren, so beziehen sich folgende auf die Beseitigung der Angriffswaffen: Abschaffung der schweren Artillerie; Beseitigung der Tanks; Verbot jeglicher militärischer Luftfahrt zu Lande und zur See; Verbot der Festungen, die für die andern Nationen eine unmittelbare Bedrohung darstellen.

Die Reaktion um Hitler und Hugenberg betreibt eine wüste Hetze gegen die Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten. In vielen Sitzungen beschäftigte sich die „Harzburger Front“, um einen Gegenkandidaten zu nominieren. Es ist bisher zur Aufstellung eines Kandidaten noch nicht gekommen. Der Interessenklüngel dieser Anbeter des „Dritten Reiches“ ist zu groß, um den verschiedensten Richtungen von Großagrariern bis zu den Anhängern der Nazis einen aussichtsreichen Kandidaten vorzuschlagen. Der von Hugenberg vorgeschlagene Prinz Oskar von Preußen ist wieder zurückgezogen worden. Ueber die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig wurde von dem deutschnationalen Minister Küchenthal auf eine sozialdemokratische Anfrage im Braunschweiger Landtag erklärt, daß Hitler bisher weder Reichsratsbevollmächtigter noch Professor sei, noch einen andern Beamtenposten in Braunschweig erhalten habe. Auf eine weitere Frage, ob dies in nächster Zeit geplant sei, erklärte der Minister, daß er darüber keine Auskunft geben könne. Daraus ist zu ersehen, daß in der Braunschweiger Regierung hinter den Kulissen über die Einbürgerung Hitlers nach wie vor verhandelt wird. Es ist also bis zur Stunde noch ganz ungewiß, welcher Kandidat der schwärzesten Reaktion das Rennen zur Reichspräsidentenwahl, da der erste Wahlgang schon am 13. März stattfindet, antreten soll.

## Günstige Gelegenheit!

Durch Wasserschaden in unserm Zentrallager hat die Fachliteratur gelitten. Wir geben von dieser leicht beschädigten Literatur das Standardwerk

### Das Buch der Zimmerleute

von Fritz Kreß, 248 Seiten Großformat, mit 956 Abbildungen und Zeichnungen, zum Preise von 8 M ab. (Buchhandelspreis 16 M.) — Bestellungen sind an den Verlag des „Zimmerer“, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Zimmer 47, zu richten.

Der Rechtsausschuß des Reichstags nahm am Mittwoch mit 15 Stimmen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Christlich-Sozialen und der Kommunisten den sozialdemokratischen Antrag zur Neuordnung der Fürstenrenten an. In dem Antrag wird verlangt, daß die auf Grund von Urteilen, Vergleichen, Verträgen oder Landesgesetzen von einem Land an das vormalige regierende Fürstenhaus zu entrichtenden Dauerleistungen entsprechend den geänderten wirtschaftlichen Voraussetzungen in Anwendung der Grundsätze der Notverordnung vom 24. August 1931 herabgesetzt werden können. Zur Entscheidung über die Kürzungsbeträge soll eine Reichsschiedsstelle aus Beamten des Innenministeriums, des Reichsjustiz- und des Reichsfinanzministeriums gebildet werden. Anträge, die eine weitergehende Kürzung oder gar Streichung der Fürstenrenten forderten, verfielen der Ablehnung.

Im Badischen Landtag ohrfeigte der Nationalsozialist Kraft den Zentrumsabgeordneten Hilpert, der in einem Zwischenruf wahrheitsgemäß Hitler als österreichischen Deserteur bezeichnet hatte. Der nationalsozialistische Rüpkel wurde daraufhin für 60 Tage vom Landtag ausgeschlossen. Auch im Hessischen und im Braunschweiger Landtag ereigneten sich, von den Nazioten heraufbeschworen, ähnliche Vorfälle.

Wir sind heute in der Lage, die Einladungskarte zu einem Vortrag, den der Obertrottel Hitler vor den Schlotbaronen gehalten hat, zu veröffentlichen; sie lautete:

Düsseldorf, den 8. Januar 1932.

An unsere werten Mitglieder!

Dienstag, den 26. Januar 1932, abends 6 Uhr, wird

Herr Adolf Hitler, München, im Industrie-Club einen Vortrag halten. Nach dem Vortrag soll ein gemeinsames Souper in den vorderen Räumen unseres Park-Hotels stattfinden. Die Anmeldung zum Vortrag und zum Essen wollen Sie uns auf beigefügter Karte zukommen lassen. Mit ergebnisstem Glückauf

Industrie-Club.

Wir bitten, von der Einführung von Gästen abzusehen, und weisen besonders darauf hin, daß die Einladung nur für unsere Mitglieder bestimmt und nicht übertragbar ist.

Eingang nur Elberfelder Straße 6/8.

Dunkler Anzug!

Kommentar überflüssig!

Den Nazis ist kein Mittel zu gemein, um ihre Hetze gegen die „Roten“ zu betreiben. Vor einiger Zeit wurde im nationalsozialistischen Blätterwald berichtet, daß auf einen Nazi-Abgeordneten des Hessischen Landtages ein „Revolverattentat“ verübt wurde. Die polizeilichen Untersuchungen über diesen Fall ergaben aber, daß sich der Nazi-Abgeordnete Buttler selbst verstümmelte. Nun versuchen die Faschisten, um der Blamage auszuweichen, einen „Unfall“ vorzuläuschen. Der angebliche Feuerüberfall auf den „harmlosen Führer“ ist also von A bis Z erlogen. So sieht die Taktik dieser Mordgesellen aus, die Tag für Tag Versammlungen der Arbeiterschaft zu sprengen versuchen und Ueberfälle auf heimkehrende Versammlungsbesucher ausüben.

## Briefkasten der Redaktion

Husum, E. T. Bei Berechnung der Invalidenrente sind alle geleisteten Wochenbeiträge zu berücksichtigen. Für die vor dem 30. September 1921 geleisteten Beiträge in der Klasse I werden 4/3 berechnet; ergibt in Deinem Falle 6,40 M. In Klasse II 12 M, III 4,20 M, IV 44,80 M, V 98,10 M, dazu kommen 20 % der seit 1. Januar 1924 geleisteten Beiträge, ergibt 16 M, Reichszuschuß 72 M und ein Grundbetrag von 168 M. Deine Jahresrente beträgt mithin 421,50 M, die Monatsrente 35,10 M.

D. W. O. F. Für den von Dir weiter vermieteten Mietraum mußt Du einen Betrag, der im Verhältnis zu Deinen dadurch erreichten Einnahmen steht, an den Hauswirt abtreten. Erscheint Dir der vom Hauswirt abverlangte Betrag zu hoch, so wende Dich an das zuständige Mieteinigungsamt.

Oderberg, F. T. Alle Anordnungen des Reichspräsidenten, auch solche auf dem Gebiete der Wehrmacht, bedürfen der Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder des zuständigen Reichsministers. Es wird also der Wille des Reichspräsidenten dadurch vollziehbar, wenn die Gegenzeichnung erfolgt. Handelt es sich um „Richtlinien der Politik“, so steht das Gegenzeichnungsrecht nur dem Reichskanzler zu.

## Literarisches

Der Gendarm von Hildburghausen! — eine 5-Pf.-Broschüre. Der Dietz-Verlag legt ein national-sympathisches Traktätchen zum Preise von ganzen 5 Pf. vor, das die Fricksche Schiebung in Sachen Hitler-Einbürgerung behandelt. Das mit bissiger Ironie geschriebene Heftchen sollte man immer bei sich tragen, um es bei Diskussionen zu verwenden. Wir empfehlen jedem, 5 Pf. dafür auszugeben.

Die „Frauenwelt“ ist das beste Blatt für die proletarische Frau. Alle 14 Tage erscheint ein Heft; es kostet ohne Schnittmusterbogen 30 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Volksbuchhandlungen oder der Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, entgegen.

Beitragsherabsetzung des Bücherkreises! „Der Bücherkreis“ G. m. b. H., Berlin SW 61, der kürzlich seine Buchhandelsverkaufspreise für Nichtmitglieder erheblich senkte, hat sich nunmehr entschlossen, auch die Beiträge für seine Mitglieder sowie den Preis der Sonderbände für Mitglieder vom 1. Quartal 1932 an herabzusetzen. Danach beträgt der Monatsbeitrag nur noch 90 Pf., der in zwei Beiträgen à 50 Pf. und 40 Pf. entrichtet werden kann. Der Quartalsbeitrag beträgt daher nur noch 2,70 Mk.

## Anzeigen

### Sterbetafel

Augsburg. Am 11. Februar starb unser Kamerad **Johann Hammer** im Alter von 74 Jahren.

Bremen. Am 17. Februar starb unser Kamerad **Paul Dehn** im Alter von 70 Jahren an Darmkrebs.

Celle. Am 4. Februar starb unser Kamerad **Louis Tamm** im Alter von 51 Jahren infolge Unglücksfalls.

Helmsfeld. Am 9. Februar starb unser Kamerad **Karl Plate** im Alter von 52 Jahren.

Hirschberg i. Riesengeb. Am 12. Februar starb unser Kamerad **Heinr. Raupach** im Alter von 50 Jahren.

Kiel. Am 12. Februar starb unser Kamerad **Heinrich Schütt** im Alter von 74 Jahren an Altersschwäche.

Leipzig. Am 8. Februar starb unser Kamerad **Kurt Ihlo** im Alter von 23 Jahren.

Rehna. Am 8. Februar starb unser Kamerad **Paul Freitag** im Alter von 54 Jahren an Kehlkopftuberkulose.

Stargard i. Pomm. Am 16. Januar starb unser Kamerad **Heinrich Siefert** im Alter von 71 Jahren an Schlagaderverkalkung.

Wusterhausen. Am 9. Februar starb unser Kamerad **Albert Prieß** im Alter von 52 Jahren.

Ehreihrem Andenken!

## Hobelbänke 60 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, la Qualität.

Blatt la gediegene Rotbuche, Garantie.

Werkzeuge

Abbildung und Preisliste gratis.

Karl Ramisch, Pirna a. d. Elbe.